



Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung
Georg-August-Universität Göttingen

Febr. 2014

Diskussionspapiere

Discussion Papers

Perspektiven der Niedersächsischen Agrarpolitik nach 2013

Empfehlungen Göttinger Agrarwissenschaftler für die Landespolitik

Perspectives of Agricultural Policy after 2013 in Lower Saxony –

Recommendations of Agricultural Scientists for the State Agricultural Policy

Diskussionsbeitrag 1401

Sebastian Lakner, Carsten Holst, Jan Barkmann, Johannes Isselstein und Achim Spiller¹

Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung
Georg-August-Universität Göttingen
D 37073 Göttingen
ISSN 1865-2697

¹ Alle Autoren sind Mitglieder der Fakultät für Agrarwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen
Kontaktadresse: Sebastian Lakner, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Platz der Göttinger Sieben 5,
37073 Göttingen, email: slakner@gwdg.de

Perspektiven der Niedersächsischen Agrarpolitik nach 2013 – Empfehlungen Göttinger Agrarwissenschaftler für die Landespolitik

Sebastian Lakner, Carsten Holst, Jan Barkmann, Johannes Isselstein und Achim Spiller

Zusammenfassung: Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Umsetzung der GAP-Reform 2013 in Deutschland und Niedersachsen: Hierbei wird zunächst der Aufschlag für die ersten 46 Hektare diskutiert. Eine ausführliche politische Begründung dieser Maßnahme von Seiten der Agrarpolitik liegt bisher nicht vor. Es werden mögliche wissenschaftliche Begründung für eine solche Maßnahmen wie eine sozialpolitische Begründung oder eine Begründung mit Hilfe von öffentlichen Gütern diskutiert: Beide Begründungen werden verworfen, so dass das Fazit der Analyse kritisch gegenüber Hektaroption ausfällt. Auch die Wirkung der Hektaroption ist teilweise problematisch, da sie z.B. sehr große Betriebe gegenüber der Option von Degression und Kappung besser stellt. Auch die Junglandwirte-Prämie wird kritisch diskutiert, da sie kaum ein geeignetes Instrument zur Förderung von Berufseinsteigern in die Landwirtschaft darstellt. Die Umverteilung von Mitteln von der I. in die II. Säule wird dagegen positiv bewertet, da die Programme der ländlichen Entwicklung mehr Potenzial für eine zielgerichtete und effiziente Maßnahmen bietet. Abschließend wird der Konflikt zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft bei den Themen artgerechte Haltung und umweltfreundliche Agrarproduktion dargestellt.

Stichworte: GAP-Reform 2013, Hektar-Aufschlag, Umverteilung, II. Säule

1 Einleitung

Die Landwirtschaft spielt in einem Flächenland wie Niedersachsen eine wichtige Rolle. So liegt der Anteil der Landwirtschaft am Brutto-Inlandsprodukt (BIP) mit 1,77 % im Jahr 2011 über dem Bundesdurchschnitt². In etwas strukturschwächeren Gebieten wie den Landkreisen Lüchow-Dannenberg, Uelzen oder Cuxhaven, aber auch in der Region Vechta-Cloppenburg liegt der Anteil der Landwirtschaft am BIP bei 4-6 %. Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft liegt bei 1,3 %, was ebenfalls höher als der Bundesdurchschnitt von 0,8 % ist (Bundesamt für Statistik 2013a u. 2013b). Daneben zeichnet sich die Landwirtschaft in Niedersachsen durch sehr unterschiedliche Schwerpunkte aus: in Südniedersachsen und in der Region Hannover/Braunschweig dominieren spezialisierte Ackerbaubetriebe, in den Mittelgebirgslagen des Weserberglands und des Harzes wirtschaften Verbundbetriebe sowie Milchvieh und Mutterkuh-Betriebe, in der Region Celle, Uelzen und Lüneburg haben sich viele Betriebe auf die Kartoffelproduktion spezialisiert, in der Region Weser-Ems befindet sich eine in Europa einmalige Dichte von Veredelungsbetrieben mit vor- und nachgelagerten Unternehmen und in küstennahen Standorten in Ostfriesland wirtschaften viele Grünlandbetriebe mit einem ausgeprägten Schwerpunkt im Bereich Milchvieh.

² Lediglich die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (3,4 %), Sachsen-Anhalt (2,3 %) und Brandenburg (2,0 %) liegen im Jahr 2011 vor Niedersachsen, der Bundesdurchschnitt beträgt 0,93 % (Bundesamt für Statistik 2013a).

Die aktuelle GAP-Reform 2013 betrifft die gesamte Landwirtschaft, allerdings dürften sich einzelne Maßnahmen sehr unterschiedlich auf Betriebe auswirken, je nach Betriebstyp und Spezialisierung (Lakner et al. 2012). Niedersachsen scheint aufgrund seiner unterschiedlichen Agrarstandorte besonders interessant und geeignet, um die Wirkungsweise der GAP-Reform 2013 zu analysieren und zu diskutieren. Aufgrund der regional sehr starken und unterschiedlichen Spezialisierung werden in Niedersachsen auch als erstes Konflikte zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft deutlich, die in anderen Regionen evtl. erst später zu Tage treten.

Im Juni und September 2013 haben sich der EU-Ministerrat und das EU-Parlament auf die wichtigsten Kernpunkte der GAP-Reform 2013 verständigt, das EU-Parlament hat am 20. November 2013 dem Verordnungstext zugestimmt, der EU-Ministerrat hat Mitte Dezember zugestimmt. Basierend auf diesen Beschlüssen haben sich die Agrarminister von Bund und Ländern auf einer Sondersitzung der Agrarministerkonferenz (AMK) am 4. November 2013 auf die wichtigsten Kernpunkte der nationalen Umsetzung geeinigt. Gleichwohl bestehen für die Landespolitik noch Spielräume, die die Reform verbessern können.

Sowohl der Niedersächsische Landtag als auch der Bundestag wurden 2013 neu gewählt. Die jeweils ins Amt gewählten Regierungen können neue agrarpolitische Prioritäten setzen, die von der jeweiligen Opposition kritisch begleitet werden. Insofern erscheint der Zeitpunkt für eine Bestandsaufnahme der landespolitischen Spielräume für die Agrarpolitik günstig. Im vorliegenden Kurzpapier werden die letzten Beschlüsse der AMK kritisch bewertet. Daneben werden Empfehlungen für die Neugestaltung der Programme für die ländliche Entwicklung gegeben. Schließlich wird kurz auf das allgemeine Konfliktfeld zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft eingegangen.

2 Herausforderung der Gemeinsamen Agrarpolitik

2.1 Umsetzung der GAP-Reform 2013 in Niedersachsen

Seit Oktober 2011 werden die Details der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) diskutiert. Die Kommission hatte einen Entwurf vorgelegt, der einerseits eine Reihe von Umverteilungsmaßnahmen zwischen den Mitgliedsstaaten und andererseits eine Reihe von inhaltlichen Maßnahmen wie Greening, die Förderung von Junglandwirten und von Landwirten in benachteiligten Gebieten vorsieht. Außerdem beinhaltet der Entwurf der Kommission Vorschläge zum EU-Haushalt von 2014-2020 und zu der Ausgestaltung der Marktmaßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Im Jahr 2012 fand in den Mitgliedsstaaten und in EU-Parlament eine Debatte und Positionsfindung statt, im März 2013 legten EU-Parlament und Ministerrat ihre Verhandlungsmandate fest. Zwischen April und Juni 2013 fand zwischen Kommission, Parlament und Ministerrat das sogenannte Trilog-Verfahren statt, in dem die drei Institutionen einen inhaltlichen Kompromiss aushandelten. Am 26./27. Juni 2013 und am 23. September 2013 wurde im EU-Ministerrat über einen

Kompromiss entschieden, der den Rahmen der GAP-Reform vorgibt. Das EU-Parlament hat am 20. November 2013 abschließend dem Verordnungstext zugestimmt.

Bereits im Frühjahr 2013 wurde deutlich, dass viele Details der Reform auf nationaler Ebene entschieden werden müssen (vgl. Lakner et al. 2013). Da die Agrarpolitik nach Grundgesetz Artikel 91a (1) eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ist, wurde über die nationale Umsetzung der GAP-Reform auf mehreren Agrarministerkonferenzen (AMK) diskutiert. Das Bundesministerium und die rot-grünen Länderministerien hatten im Spätsommer hierzu zwei voneinander abweichende Vorschläge erarbeitet (BMVEL 2013, MELV 2013a)³. Die endgültige politische Festlegung der Details der Umsetzung wurde am 4. November 2013 auf der Sonderkonferenz der AMK in München getroffen (vgl. AMK 2013), die folgende Box stellt die wichtigsten Rahmenbedingungen der nationalen Umsetzung dar:

Box 1: Wichtigsten Kenndaten der Umsetzung der GAP-Reform (AMK 2013)

Die einheitliche **Basisprämie** soll in Deutschland von 2017 bis 2019 in drei Schritten erreicht werden. Die Höhe der **Greening-Komponente** wird ab 2015 einheitlich umgesetzt (30% der Direktzahlungen). Auf Ökologischen Vorrangflächen soll eine landwirtschaftliche Produktion ‚mit wirkungsvollen Beiträgen zu Umwelt-, Natur- und Klimaschutz‘ möglich sein.

Umschichtung von 4,5 % der nationalen Obergrenze in die II. Säule. Diese Umschichtung ist für die Bundesländer politisch zweckgebunden und soll für die Förderung von „nachhaltiger Landwirtschaft“ dienen. Hierunter fallen die Förderung von Grünlandstandorten, spezifische Förderung für Raufutterfresser in sehr umweltsensiblen Gebieten, Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, artgerechte Tierhaltung und Tierwohl, ökologischer Landbau und die Förderung benachteiligter Gebiete. Die mit diesen Mitteln geförderten Maßnahmen müssen kofinanziert werden.

Umverteilung: Bund und Länder wollen die ersten Hektare mit einem Aufschlag versehen:

- die erste 30 Hektar mit 50 €/ha und
- weitere 16 Hektare mit 30 €/ha
- 6,9 % des Direktzahlungsvolumens würden somit umgeschichtet.

Junglandwirte: 50 €/ha für Junglandwirte bis 40 Jahre, Ausschöpfen der betrieblichen Obergrenze von 90 ha.

Kleinerzeugerregelung mit vereinfachtem Antragsverfahren bis 1.250 €/Betrieb.

Quelle: AMK 2013

Details der Regelung sind ein Kompromiss zwischen den grünen Länderministern und dem Bundesministerium unterstützt von Bayern und den ostdeutschen Ländern. Dass die ersten 46 Hektar zusätzlich gefördert werden ist eher eine grüne Position, während die Hektarsätze mit 50 €/ha und 30 €/ha näher an den Vorschlägen des Bundesministeriums liegen. Auch bei der Umschichtung in die II. Säule liegt der Betrag mit 4,5 % näher an dem Vorschlag des Bundesministeriums, das keine Umschichtung vorgeschlagen hatte. Im Folgenden soll eine Bewertung zu den wesentlichen Elementen des AMK-Beschlusses und zum Stand der GAP-Reform 2013 vorgenommen werden, um anschließend für die weitere Gestaltung und Umsetzung der GAP-Reform auf Landesebene Empfehlungen zu geben.

³ Auch die ostdeutschen Agrarminister hatten sich teilweise als Gruppe positioniert, waren aber in weiten Teilen dem Konzept von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner gefolgt.

2.2 Maßnahmen zur Umverteilung (Hektaroption)

2.2.1 Zur Umsetzung der Umverteilungsoption in Deutschland

Das Thema Umverteilung steht bereits seit der MacSharry-Reform immer wieder auf der politischen Agenda, da bereits 1992 in den Vorüberlegungen der Kommission zur damaligen Reform Elemente der Kappung und Degression von Direktzahlungen diskutiert wurden (Cunha & Swinbank 2011), auch im ersten Entwurf der Fischler-Reform wurden eine Degression und Kappung der Direktzahlungen vorgeschlagen, dies wurde später von den Mitgliedsstaaten gestrichen. Gleichwohl stellt sich die Frage, wie eine Umverteilung theoretisch begründbar ist. Eine politische Motivation in der Umverteilung besteht darin, Direktzahlungen *gerechter* zu verteilen. Welche Verteilung gerechter ist, ist eine normative Frage. Daher ist es der Disziplin der Wirtschaftswissenschaften nicht möglich eine positive Aussage darüber zu treffen, wann eine Verteilung von Direktzahlungen gerecht ist. Allerdings lässt sich im Rahmen einer normativen Analyse feststellen, ob z.B. die Politik geeignete Maßnahmen getroffen hat, um die selbst postulierten Ziele zu erreichen. Es lässt sich auch feststellen, ob die von der Politik formulierten Ziele konsistent oder widersprüchlich sind.

Bisher hat die Agrarpolitik in Bund und Ländern keine deutliche Erklärung vorgelegt, warum es zu einer Umverteilung zugunsten kleiner Betriebe kommen soll. Das Konzeptpapier des Bundesministeriums (BMELV 2013a) begründet die Hektar-Option mit dem Wegfall der Modulation, d.h. mit dem Wegfall einer anderen Umverteilungsmethode⁴, was jedoch keine inhaltliche Begründung für eine Umverteilung ist. Die grünen Agrarminister (MELV 2013a), jedoch auch die CDU⁵ argumentieren mit der Förderung der „*bäuerlichen Landwirtschaft*“, ohne klar zu benennen, wann ein Betrieb „bäuerlich“ ist. D.h. beide politischen Lager haben bisher keine klare Argumentation hinsichtlich der Umverteilung vorgetragen.

Grundsätzlich könnte eine Umverteilung aus zwei Motiven heraus verfolgt werden:

a.) Sozialpolitische Begründung

Eine Umverteilung könnte aus sozialpolitischen Erwägungen erfolgen, sofern die Politik zu dem Urteil gelangt, dass landwirtschaftliche Betriebe einer bestimmten Größenklasse „*besonders bedürftig*“ wären. Bereits im Landwirtschaftsgesetz von 1955 wurde festgelegt, dass die Bundesregierung jährlich über die Einkommensdisparität zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen berichtet. Dies mündete in den sog. Agrarbericht der Bundesregierung, der jährlich über die Einkommensentwicklung der Landwirtschaft auch im Vergleich zu der Einkommensentwicklung der sonstigen Wirtschaft berichtet⁶. Die aktuellen Statistiken

⁴ Die Modulation sah bisher vor, dass alle Direktzahlungen über 5.000 € um 10 % (2012) und oberhalb 300.000 € um 14 % gekürzt werden (BMELV 2011: Ziffer 11). Die Mittel der Modulation wurden bisher der II. Säule zur Verfügung gestellt.

⁵ Die CDU erklärt in ihrem Wahlprogramm 2013 die *bäuerlich-unternehmerischen Landwirtschaft* zu ihrem Leitbild (CDU 2013: S.59).

⁶ Maßstab der Berechnung der Einkommensdisparität im Agrarbericht ist dabei ein Vergleichslohn der gewerblichen Wirtschaft. Zusätzlich wird die unternehmerische Tätigkeit des Betriebsleiters mit einem „Betriebsleiterzuschlag“ von 7 € je 1.000 € Umsatzerlös berücksichtigt. Und es wird ein Zinsansatz für das Eigenkapital vorge-

zu der Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft belegen, dass der Einkommenszuwachs in der Landwirtschaft gegenüber anderen Sektoren unterdurchschnittlich ist (BMELV 2011, S. 32, vgl. Tab. 2 im Anhang). Allerdings unterliegt das Einkommen in der Landwirtschaft größeren Schwankungen, so dass es auf den Betriebstyp und auch auf das Niveau der landwirtschaftlichen Preise in einem Jahr ankommt. So hatten vor allem Milchviehbetriebe, aber auch Veredelungsbetriebe in den letzten Jahren unter starken Schwankungen zu leiden. Ackerbaubetriebe konnten dagegen von den hohen Weltmarktpreisen 2006/07 sowie ab 2010 profitieren. Der Agrarbericht der Bundesregierung zeigt auch, dass kleine Betriebe durchschnittlich einen geringeren Gewinn erzielen als größere Betriebe (BMVEL 2011, S. 31, vgl. Tab. 3 im Anhang). Allerdings ist dies kein hinreichender Grund für Umverteilungen, da wir vergleichbare Einkommensverteilungen in allen anderen Bereichen der Gesellschaft vorfinden, ohne dass der Staat durch Zahlungen substantielle Anstrengungen unternimmt, Ungleichheiten zu beseitigen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob landwirtschaftliche Einkommen ein vollständiger Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der **Landwirte-Familien** sind.

- Bei einer vollständigen Analyse müssten etwa das *Privatvermögen* sowie die sonstigen Familieneinkünfte berücksichtigt werden. So zeigt Thiele (1996), dass die Nicht-Berücksichtigung von Privatvermögen zu einer Fehleinschätzung sozialen Lage in der Landwirtschaft führen kann.
- Die *familiären Zuverdienste*, wenn z.B. der Partner außerhalb der Landwirtschaft Einkommen erzielt, sind in der o.g. Statistik ebenfalls nicht berücksichtigt. Hierzu bemerkt der Agrarbericht der Bundesregierung, dass in Zukunft bei Nebenerwerbsbetrieben das Gesamteinkommen des Betriebsleiterehepaares berücksichtigt wird (BMVEL 2011: Ziffer 283). Diese Erweiterung der Statistik ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings bleibt auch diese Betrachtung unvollständig, da sie die Haupterwerbsbetriebe weiterhin ausklammert. Auch bei Haupterwerbsbetrieben gibt es die Möglichkeit der außerlandwirtschaftlichen Einkommen, die weiterhin offensichtlich nicht erfasst werden sollen.

Insgesamt stellt sich somit die Frage, ob eine Umverteilung mit Hilfe einer erhöhten Zahlung für die ersten Hektare objektiv begründbar ist. Sowohl die Nationalstaaten als auch die Europäische Union (EU) haben zu Privatvermögen und familiären Zuverdiensten keine vollständigen Statistiken vorgelegt, die ein klares Bild zur Einkommens- und Vermögenssituation der Landwirtschaft aufzeigen. Daneben fehlt speziell Forschung zur Armut in der Landwirtschaft. Gerade diese Forschungsfrage sollte nicht nur im Hinblick auf Osteuropa, sondern auf die gesamte Europäische Union angegangen werden, um gegebenenfalls belegen zu können, ob eine Umverteilung in diesem Umfang tatsächlich sachlich gerechtfertigt ist. Im Moment haben sich hierzu nicht einmal die Landesminister klar erklärt.

nommen. Dieser Vergleichslohn wird mit dem Gewinn aus landwirtschaftlicher Tätigkeit verglichen (vgl. Details in Agrarbericht der Bundesregierung 2011, S.31/32).

b.) Begründung mit gesellschaftlichen Leistungen

Teilweise wird eine Umverteilung zugunsten kleiner Betriebe aufgrund gesellschaftlicher Leistungen begründet. In diese Richtung argumentieren teilweise die grün geführten Landesministerien (MELV 2013a). Allerdings gibt es keine wissenschaftlichen Belege, dass auf kleinen Betrieben im besonderen Maße gesellschaftliche Leistungen erbracht werden. Gerade im Bereich Umwelt gibt es eine etwas breitere Literatur, die sich mit der Frage beschäftigt, welche Betriebe an Agrarumweltmaßnahmen teilnehmen (Vanslebrouck et al. 2002, Damianos and Giannakopoulos 2002, Mann 2005, Wilson et al. 2005, Levin 2006, Dobbs und Pretty 2008, Marini 2009). Die Studien kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen und zeigen, dass in einigen Regionen und Ländern kleinere Betriebe stärker an Agrarumweltmaßnahmen teilnehmen, in anderen Regionen und Ländern eher größere Betriebe. Eine erste systematische und umfangreiche Analyse wurde von Nieberg (1994) vorgelegt, die anhand eines Indikatorsystems die Umweltbilanz verschiedener Betriebsgrößen für Westdeutschland und wenig später auch für Ostdeutschland untersucht hat (Nieberg und Frhr. von Münchhausen 1996). Die Arbeiten kommen zu dem Fazit, dass die Umweltbilanz sehr unterschiedlich ausfällt, dass große Betriebe jedoch tendenziell eher leichte Vorteile aufweisen. In der Gesamtschau der Literatur zum Thema Betriebsgröße und Umweltleistungen von landwirtschaftlichen Betrieben kann ein klarer Umweltvorteil von kleinen Betrieben wissenschaftlich nicht belegt werden, so dass eine Umverteilung sich nicht mit öffentlichen Leistungen begründen lässt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Hektaroption von Seiten der Agrarpolitik bisher nicht objektiv begründet wurde und dass die möglichen Argumente für eine Umverteilung bislang deutliche Defizite haben. Dies muss nicht automatisch heißen, dass Politik keine Umverteilungspolitik beschließen kann, aber es wäre zumindest zu verlangen, dass die Landes- und Bundespolitiker ihre Argumente für eine Umverteilung vortragen und mit Fakten belegen.

2.2.2 Wirkung Umverteilung nach der Hektaroption

Die Wirkung der Umverteilung kann einzeln und im Zusammenhang mit anderen Elementen der Reform gesehen werden. Hierbei führen einige Reformelemente dazu, dass die Landwirte in der nächsten Finanzperiode 2014-2020 weniger Direktzahlungen je Hektar empfangen, einige kleine Effekte wie u.a. die Hektar-Option kompensieren diesen Gesamteffekt nicht:

- Der **EU-Haushalt** 2014-2020 wurde auf dem EU-Gipfel am 7./8. Februar 2013 beschlossen und sieht durchschnittliche Kürzungen der I. Säule von etwa 4,2 % (Tab. 4 im Anhang), so dass die Direktzahlungen je Hektar geringer ausfallen.

- Im gleichen Zug wurde eine **stärkere Kürzungen der II. Säule** beschlossen. Vergleicht man die in der Finanzperiode 2014-2020 zur Verfügung stehende Mittel der II. Säule mit dem Durchschnitt der Finanzperiode 2007-2013, so bedeutet dieser Beschluss eine Kürzung von 8,2 %⁷ (vgl. Agra-Europe 2013a). Wählt man Ribbe (2013) folgend als Referenzjahr 2013, so fällt die Kürzung mit 18 % sogar noch höher aus (Ribbe 2013⁸, siehe Tab. 4 im Anhang).
- Das Prinzip der **externen Konvergenz** sieht eine Angleichung der Höhe der Direktzahlungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vor. Weil das Niveau der Direktzahlungen in Deutschland innerhalb der EU überdurchschnittlich ist, wird die nationale Obergrenze in Deutschland um weitere 2,45 % abgesenkt (Agra Europe 2013b).
- Die **interne Konvergenz** sieht eine Angleichung der Direktzahlung vor, so dass alle Landwirte bis zum Ende der nächsten Finanzperiode im Jahr 2020 60 % des nationalen/regionalen Durchschnitts erreichen⁹. In Deutschland wurde im Zuge der Fischler-Reform 2005 ein Umstieg in eine regionale Einheitsprämie beschlossen. Der sog. „Gleitflug“ wurde 2009 eingeleitet und 2013 abgeschlossen, so dass in Deutschland die Konvergenz bereits auf Bundesländer-Ebene erreicht wurde und die Direktzahlungen sich nur noch etwas von Bundesland zu Bundesland unterscheiden¹⁰. Deutschland muss aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils die weitere Vereinheitlichung zu einer bundeseinheitlichen Prämie vornehmen¹¹. Die Agrarministerkonferenz hat sich am 04. November 2013 dazu entschieden, die deutschlandweit eine einheitliche Prämie bis 2019 einzuführen. Aufgrund der bereits regional durchgeführten Angleichung fällt dieser Effekt im Vergleich zu anderen EU-Staaten deutlich geringer aus. In Niedersachsen wird dieser Effekt noch vergleichsweise hoch ausfallen. Laut Steffens (2013) sinkt die Basisprämie hierdurch um etwa 10 €/ha, so dass Niedersachsen etwa 2,5 Mio. € an die anderen Bundesländer verliert.
- Die **anderen Politikoptionen** der GAP-Reform 2013 wie die Verschiebung von Mitteln in die II. Säule und der Aufschlag für Junglandwirte wirken sich senkend auf die Basisprämie der I. Säule aus.

Geht man von einer Junglandwirte-Förderung in Höhe von 2 %¹² aus (vgl. BMVEL 2013), ergibt sich folgende Aufteilung der nationalen Obergrenze ab 2014-2020 (Abb. 1):

⁷ In der Finanzperiode 2007-2013 standen Deutschland 8.951,8 Mio. € zur Verfügung, für die Finanzperiode 2014-2020 sind 8.217,8 Mio. € geplant. Dies ist eine Kürzung von 8,2 % (Agra-Europe 2013a)x1.

⁸ Ribbe (2013) macht zu Recht darauf aufmerksam, dass Inflation bei der Berechnung von Kürzungen *richtig* zu berücksichtigen ist.

⁹ Wenn dieses Konvergenz-Kriterium zu Verlusten von mehr als 30 % der Direktzahlungen führt, so können diese Verluste bis zu 30 % ausgeglichen werden (Europäischer Rat 2013b). Für Deutschland ist diese nicht relevant, da durch die regionalisierte Einheitsprämie ab 2013 ein hohes Maß an Konvergenz erreicht ist.

¹⁰ Die Direktzahlungen variieren im Jahr 2013 innerhalb Deutschlands zwischen dem Mindestwert von 258,96 €/ha im Saarland und dem Maximalwert von 359,44 €/ha in Nordrhein-Westfalen (BMELV 2013b)

¹¹ Details des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Oktober 2008 finden sich hier:

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/fs20081014_1bv000405.html

¹² Es dürfen maximal 2% der nationalen Obergrenzen einbehalten werden, Informationen aus dem BMVEL zu Folge wird diese Obergrenze nicht vollständig ausgeschöpft (Stand Dez. 2013).

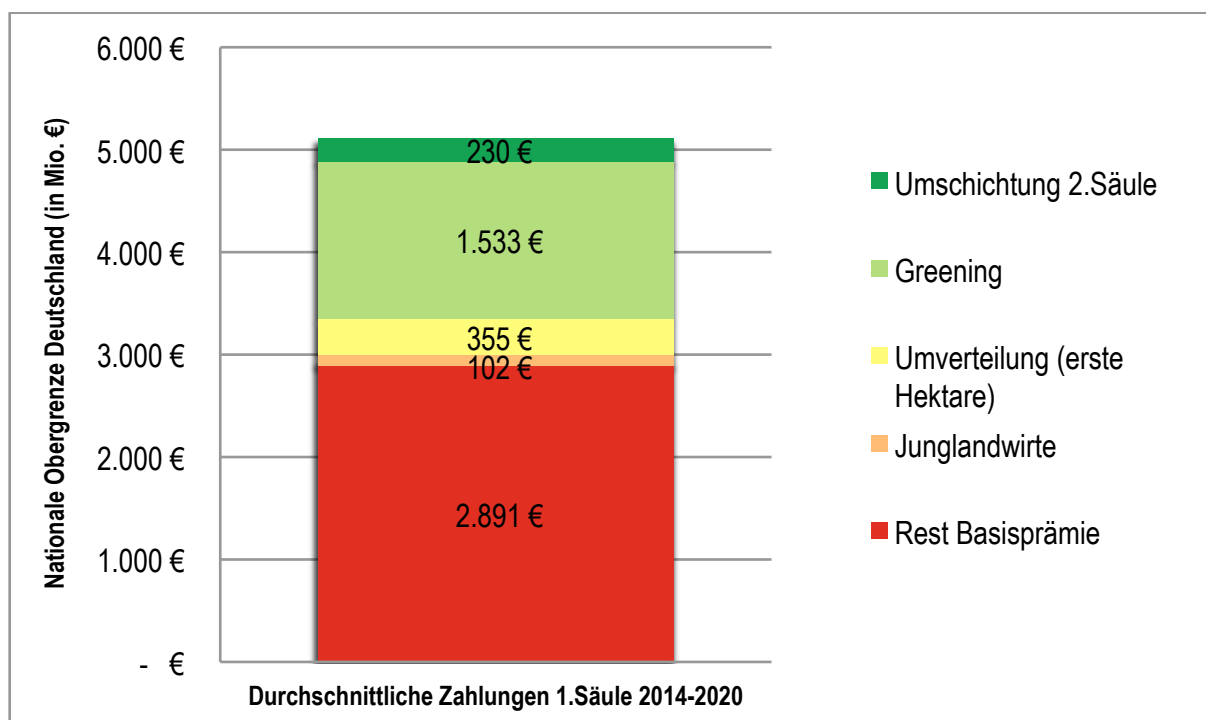


Abb. 1: Durchschnittliche finanzielle Auswirkungen der GAP-Reform 2014-2020
Quelle: Eigene Berechnung

In Niedersachsen ist insgesamt durch alle dargestellten Effekte damit zu rechnen, dass die Direktzahlung von 352 €/ha in 2013 auf eine Basisprämie von etwa 173 €/ha fallen wird. Bei Einhaltung der Greening-Kriterien kommen 92 €/ha hinzu (vgl. Abb. 5 im Anhang), sodass Direktzahlungen in Höhe von etwa 265 €/ha gezahlt werden (vgl. dazu auch Steffens 2013)¹³.

Die Umverteilung wirkt sich schließlich sehr unterschiedlich auf die Betriebe aus in Abhängigkeit der flächenmäßigen Größe des Betriebes. Die Verteilung sieht für die ersten 30 Hektar eines Betriebes einen Aufschlag von 50 €/ha vor und für die nächsten 16 Hektar einen Aufschlag von 30 €/ha. Dies bedeutet, dass der Aufschlag theoretisch maximal 1.980 € betragen kann. Weil sich die Basisprämie um etwa 21 €/ha reduziert, um den Aufschlag für die ersten Hektare zu finanzieren, beträgt der Nettoeffekt dieser Umverteilungsmaßnahme für einen Betrieb mit 50 Hektar nur rund 1.000 Euro. Im Vergleich zur ursprünglich vorgeschlagenen Modell mit Degression ab 150.000 € und Kappung ab 300.000 €¹⁴, sind die finanziellen Belastungen durch die Hektaroption für sehr große Betriebe sogar wesentlich geringer. Die folgende Abb. 2 zeigt die Höhe der Direktzahlungen je Hektar in Abhängigkeit von der Betriebsgröße für zwei Umverteilungsmodelle sowie ohne Umverteilung:

¹³ Berechnungen des Ministerium für Landwirtschaft in Niedersachsen von Dez. 2013 gehen von einer Basisprämie von 175 €/ha und einer Greening-Komponente von 85 €/ha aus (MELV 2013b).

¹⁴ Die EU-Kommission hatte 2011 vorgeschlagen, Zahlungen ab 150.000 € je Betrieb um 20%, ab 200.000 € um 40 % und ab 250.000 € um 70 % zu kürzen. Über 300.000 €/Betrieb sollten keine Direktzahlungen erfolgen.

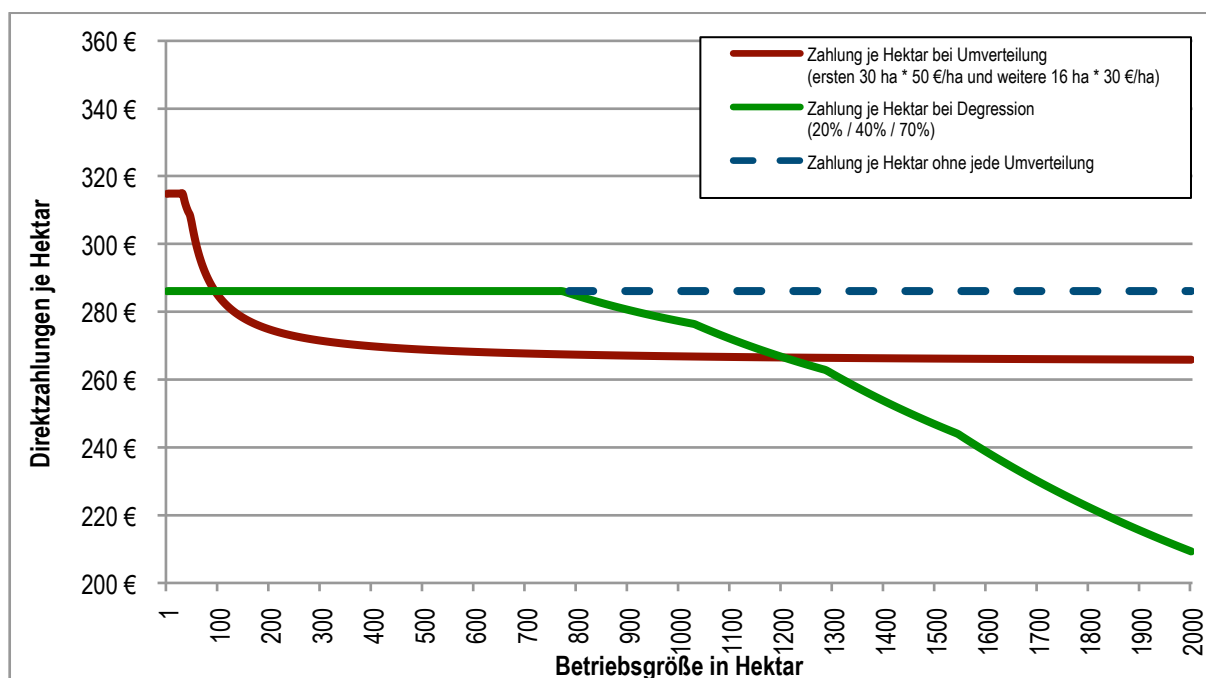


Abb. 2: Direktzahlung je Hektar in Abhängigkeit von der Betriebsgröße bei verschiedenen Umverteilungsoptionen (Hektar-Aufschlag vs. Degression)

Quelle: eigene Berechnung, Annahme des Degressions-Modells: Kürzungssätze: ab 150.000 €: 20%, ab 200.000 €: 40% und ab 250.000 €: 70%, zusätzliche Annahme einer Kappung ab 300.000 €, die Greening-Komponente ist von Degression und Kappung nicht betroffen.

Gegenüber dem Modell von Degression und Kappung ist die Umverteilung mit Hilfe des Hektar-Aufschlags für Betriebe bis etwa 95 Hektar vorteilhaft, dies sind in Deutschland etwa 85 % der landwirtschaftlichen Betriebe.

Es ist von wissenschaftlicher Seite mehrfach darauf hingewiesen worden, dass in der Vergangenheit viele strukturpolitische motivierte Maßnahmen gescheitert sind. Balmann und Sahrbacher (2014) zeigen an Hand von Modellierungsergebnisse für Ost- und Süddeutschland, dass sich der Strukturwandel mit Hilfe der Umverteilung über die Hektaroption nicht beeinflussen lässt und kleine Betriebe aus einer zusätzlichen Zahlung von etwa 1.000 € keine substantiellen Vorteile am Pachtmarkt erzielen können.

Insgesamt mangelt es bei dieser Form der Umverteilung an einer objektiven Begründung und die Effekte, die von der Umverteilung ausgehen, sind nicht geeignet, um z.B. den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu beeinflussen.

2.3 Junglandwirte-Förderung

Eine andere Umverteilungsmaßnahme besteht in der speziellen finanziellen Förderung von Junglandwirten, die laut EU-Kommission zur Beschleunigung des Generationswechsels in der Landwirtschaft beitragen soll. Bis zu einer betrieblichen Obergrenze von 90 Hektar sollen Junglandwirte (höchstens 40 Jahre alt) in den ersten fünf Jahren nach Erstniederlassung eine Zusatzzahlung von etwa 50 €/ha erhalten. Hierfür dürfen maximal zwei Prozent der nationalen Zahlungsobergrenze einbehalten werden. Die letzte Agrarstrukturerhebung aus dem Jahr

2010 zeigt folgende Altersstruktur der Betriebsleiter von landwirtschaftlichen Betrieben (Abb. 3). Gut zwei Drittel aller Betriebsleiter verfügt über eine abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsbildung (z. B. Berufsausbildung, Meister oder Studium), während die übrigen rund 95.000 Betriebsleiter (hauptsächlich Landwirte im Nebenerwerb) lediglich praktische Berufserfahrungen vorweisen können.

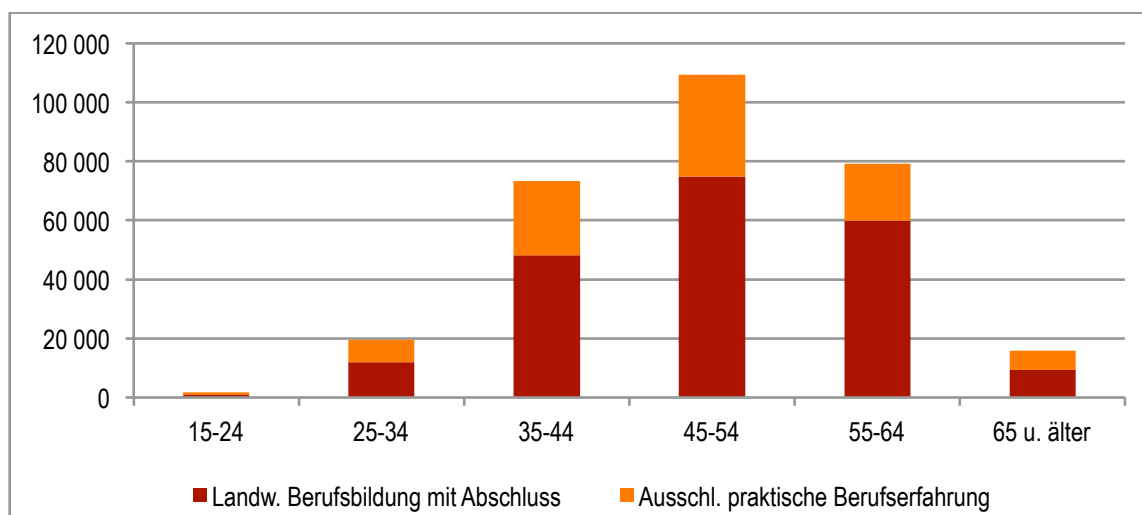


Abb. 3: Altersstruktur landwirtschaftlicher Betriebsleiter (2010)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010: Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter/Geschäftsführer, Landwirtschaftszählung/Agrarstrukturerhebung 2010

Die Statistik zeigt, dass 19 % der landwirtschaftlichen Betriebsleiter höchstens 40 Jahre alt sind und somit zunächst bei dieser Maßnahme antragsberechtigt sein können¹⁵. Die Statistik zeigt aber auch, dass nur ein sehr kleiner Anteil der Betriebsleiter (rund 5 %) mindestens 65 Jahre alt ist und somit auch nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze weiterhin wirtschaftet.

Das Instrument der Junglandwirte-Förderung ist *per se* eine Umverteilungsmaßnahme, durch die der Basisprämienatz um ca. 6,12 €/ha¹⁶ reduziert wird, damit speziell Junglandwirte und somit der Generationswechsel in der Landwirtschaft gefördert werden. Bei einer Betriebsgröße von 30 Hektar profitiert ein Junglandwirt durch diese Regelung jährlich im Umfang von ca. 1.320 €¹⁷, ein Junglandwirt mit einer Betriebsgröße von 90 Hektar (Förderobergrenze) hat einen finanziellen Vorteil in der dreifachen Höhe (ca. 3.950 €).

Für größere Betriebe wirkt sich allerdings die allgemeine Basisprämienkürzung zur Finanzierung der Junglandwirte-Förderung *negativ* auf die Vorteilhaftigkeit dieser Umverteilungsmaßnahme aus. Ein Junglandwirt mit einer Betriebsgröße von 500 Hektar profitiert jährlich nur noch um ca. 1.440 €, ein Junglandwirt mit einer Betriebsgröße von 1.000 Hektar wird durch die Einführung der Junglandwirte-Förderung sogar finanziell um 1.620 € pro Jahr schlechter gestellt.

¹⁵ Bei dieser Berechnung wird unterstellt, dass die Betriebsleiter in der Altersklasse zwischen 35 und 44 Jahren zur Hälfte höchstens 40 Jahre alt sind.

¹⁶ Bei dieser Berechnung wird unterstellt, dass sich aus der nationalen Obergrenze ein Mittelvolumen von 306 €/ha ergibt, von denen 2 % für die Junglandwirte-Förderung einbehalten werden.

¹⁷ Berechnungsgrundlage: 30 ha * Junglandwirte-Förderung (50 €/ha) abzgl. 30 ha * 6,12 €/ha

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen, stellt sich berechtigterweise die Frage, ob dieses Instrument wirklich zu einer signifikanten Förderung des Generationswechsels in der Landwirtschaft beitragen kann. Grundsätzlich ist der Anteil der Betriebsleiter (> 65 Jahre) in Deutschland aufgrund der Hofabgabeklausel zur Gewährung der Landwirtschaftlichen Alterssicherung im europäischen Vergleich sehr gering und diese Landwirte bewirtschaften zudem nur einen unterproportionalen Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche (Mehl 2012).

Umgekehrt führt diese Hofabgabeklausel aber auch dazu, dass die Betriebsabgabe an die nachfolgende Generation häufig erst mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze durchgeführt wird, weil anderenfalls bei der abgebenden Generation eine finanzielle Lücke bis zum Beginn der Landwirtschaftlichen Altersgeldzahlungen entstehen würde. Zudem müsste die junge Generation bei einer vorgezogenen Hofübernahme schon früher finanzielle Verpflichtung durch die Gewährung des Altenteils eingehen, die in der Regel bei weitem nicht durch die Junglandwirte-Förderung gedeckt sein dürften, sodass sich auch aus diesen Überlegungen heraus kein eindeutiger Anreiz zu einer deutlich vorgezogenen Hofübergabe ableiten lässt.

Während sich der Zeitpunkt der Hofübergabe bislang häufig nur am Alter der abgebenden Generation orientierte, könnte die Junglandwirte-Förderung dazu führen, dass zukünftig auch das Alter des Betriebsnachfolgers berücksichtigt wird. Um die Junglandwirte-Förderung in vollem Umfang von fünf Jahren in Anspruch nehmen zu können, müsste der Betriebsnachfolger bei der Hofübergabe maximal 35 Jahre alt sein. Entsprechende Überlegungen zur Maximierung des generationenübergreifenden Familieneinkommens könnten deshalb individuell zu leicht vorgezogenen Hofübergaben führen.

Grundsätzlich wird aber in den meisten Fällen zu vermuten sein, dass die finanzielle Förderung der Junglandwirte in Deutschland keinen wesentlichen Effekt auf den Zeitpunkt der Hofübergabe haben wird, sodass seitens der Zahlungsempfänger häufig Mitnahme-Effekte zu beobachten sein dürften. Der finanzielle Vorteil durch diese Form der Umverteilung zur einzelbetrieblichen Förderung von Junglandwirten beläuft sich bei entsprechender Betriebsgröße im förderfähigen Zeitraum von fünf Jahren auf insgesamt maximal knapp 20.000 €. Mit diesem Betrag lassen sich allerdings keine wesentlichen Investitionen o.ä. zur langfristigen Betriebsentwicklung tätigen, die Junglandwirten einen zusätzlichen Anreiz zur Betriebsübernahme geben könnten. Anstelle dieses flächendeckenden Förderinstruments nach dem „Gießkannen-Prinzip“ könnte sich deshalb ein zielgerechter Einsatz der Fördermittel in Ausbildung, Beratung und Investitionsförderung junger Betriebsleiter als nachhaltiger erweisen.

2.4 Neugestaltung der II. Säule: die Programmierung von ELER 2014-2020

Die Programme der ländlichen Entwicklung (II. Säule) existieren in ähnlicher Form bereits seit der MacSharry-Reform von 1992 und bieten den Mitgliedsstaaten die Möglichkeiten, vielfältige Programme von der EU kofinanziert anzubieten. In der vergangenen Finanzperiode 2006-2013 wurden die Programme unter dem neuen ELER-Fond zusammengefasst. In Niedersachsen wurden die Maßnahmen der II. Säule mit dem „Programm zur Förderung im länd-

lichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013 (Profil)“ gefördert (MELVL 2011). Innerhalb des Programmes gibt es vier von der EU vorgegebene Schwerpunkte:

Das Ziel von **Schwerpunkt 1** ist die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ (MELVL 2010a). In diesem Schwerpunkt sind v.a. die *Agrarinvestitionsförderungsprogramme (AFP)* für die landwirtschaftlichen Betriebe wichtig. Die Investitionsprogramme machen in Niedersachsen im Jahr 2009 15,2 % der ELER-Mittel aus. Auch die *Flurbereinigung und Wegebau* (14,1 %) und die *Maßnahmen des Hochwasser- u. Küstenschutzes* (21,1 %) spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Insgesamt gibt Niedersachsen für den Schwerpunkt 1 etwa 53 % der ELER-Mittel aus, womit Niedersachsen bundesweit den höchsten Anteil im Bereich Wettbewerbsfähigkeit aus gibt (DVS 2011: 10).

Im **Schwerpunkt 2** sind Maßnahmen mit dem Ziel der „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ zusammengefasst. Der finanziell wichtigste Teil dieses Schwerpunktes ist das *Niedersächsische Agrarumweltprogramm NAU*, das etwa 17,8 % der ELER-Mittel beansprucht. Neben dem Agrarumweltprogramm werden Programme für den Naturschutz (*Kooperationsprogramm Naturschutz*) oder des Gewässerschutzes sowie auch einige Waldmaßnahmen wie z.B. Erstaufforstungsmaßnahmen oder Waldumweltmaßnahmen in Schwerpunkt 2 gefördert.

In **Schwerpunkt 3** werden Maßnahmen gefördert, die die „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ verbessern sollen. Dieser Schwerpunkt richtet sich weniger an Kernanliegen der Landwirtschaft, sondern spricht eher Belange des Ländlichen Raumes an, die nur teilweise oder indirekt oder gar nicht mit der Landwirtschaft zu tun haben. Die Maßnahmen der *Dorferneuerung* machen 8,8 % der ELER-Mittel aus. Eine weitere wichtige Maßnahmen ist mit der Überschrift „*Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes*“ versehen, was sehr unterschiedliche Maßnahmen wie z.B. Entwicklungsmaßnahmen für Natur und Landschaft enthält, jedoch auch die Maßnahmen der Fließgewässerentwicklung im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie begleitende Maßnahmen zum Schutz der Gewässer und Maßnahmen zum Kulturerbe. Diese sehr unterschiedlichen Maßnahmen sind weiterhin mit ca. 7,3 % der ELER-Mittel ausgestattet.

Im Rahmen des **Schwerpunktes 4** „Leader“ gibt es die Möglichkeit, ausgehend von regionalen Initiativen selbst Programmanschläge auszuarbeiten und zu beantragen. Dieser Schwerpunkt macht 4,3 % der ELER-Mittel in Niedersachsen im Jahr 2009 aus. Die folgende Abb. 1 gibt einen Überblick über den finanziellen Anteil der Programmbestandteile von Profil in Niedersachsen und Bremen im Jahr 2009:

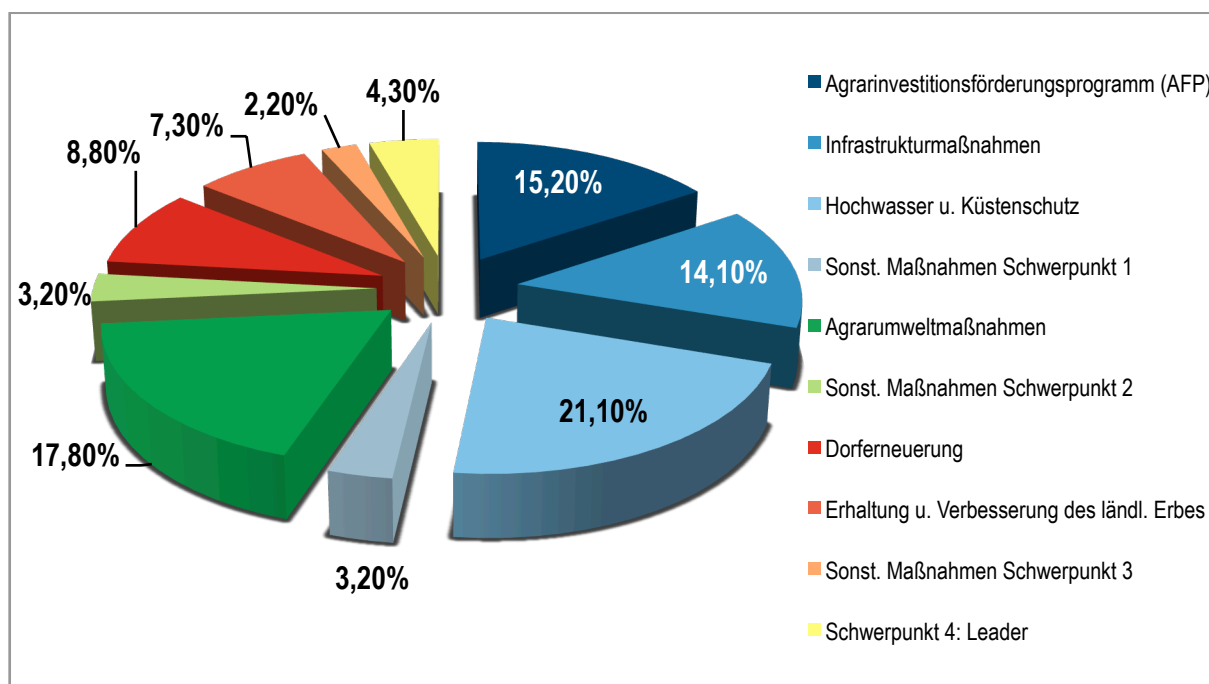


Abb. 4: Finanzieller Anteil der Maßnahmen im Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2009

Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen von DVS 2010

Die Programme der ländlichen Entwicklung funktionieren grundsätzlich anders als die Förderung der I. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik: Die EU gibt über eine Rahmenrichtlinie die grundsätzlichen Fördertatbestände vor. Die Mitgliedsstaaten müssen eigene Programme entwerfen, darin eigene Schwerpunkte setzen und darlegen, welche der Fördermöglichkeiten sie nutzen wollen. Die EU-Kommission prüft anschließend, ob die Programmvorschläge der Mitgliedsstaaten den Kriterien der ELER-Rahmenverordnung entsprechen, d.h. förderfähig sind. Sofern dies der Fall ist, werden die nationalen Programme von der EU kofinanziert. Die EU trägt hierbei im Regelfall 50-55 % des Finanzvolumens bei, in den Ziel-1-Gebieten (bisher Ostdeutschland sowie der Regierungsbezirk Lüneburg) werden bis zu 85 % von der EU übernommen.

Die Programme der ländlichen Entwicklung geben insofern einen Rahmen vor, in dem die Nationalstaaten Ziele und Maßnahmen ihrer ländlichen Entwicklungspolitik definieren müssen. Die Maßnahmen müssen sich des weiteren an den Kosten von Maßnahmen orientieren. Während die Zahlungen der I. Säule selbst nach der aktuellen GAP-Reform weitgehend ungezielt bleiben (so auch das Urteil von OECD 2013: 16), bieten die Programme der II. Säule die Möglichkeit, Politiken *zielorientiert* und somit *effizient* zu gestalten.

Die Programme ländlicher Entwicklung unterliegen regelmäßigen Evaluationen (vgl. Tiez 2007, Grajewski et al. 2010), allerdings machen Kleijn und Sutherland (2003) darauf aufmerksam, dass bei vielen Untersuchungen und Evaluationen das Untersuchungsdesign nicht adäquat ist, um tatsächlich Aussagen über Wirksamkeit und Effizienz von Agrarumweltmaß-

nahmen zu treffen (ibid.) und dass Agrarumweltmaßnahmen nicht ausreichend zum Erhalt der Biodiversität beitragen (Kleijn et al. 2011). Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass sich vor allem Programme mit hohen Vorgaben und einer hohen Verwaltungsintensität positiv auf die Artenvielfalt auswirken (Armsworth et al. 2012). Der Europäische Rechnungshof hat in einem Gutachten darauf hingewiesen, dass vor allem die sog. „hellgrünen“ Agrarumweltprogramme, d.h. niedrighschwellige Programme mit einer geringen Regelungsintensität, häufig keinen zusätzlichen Nutzen erzielen (Europäischer Rechnungshof 2011). Die Praxis in Ostdeutschland zeigt andererseits, dass sich v.a. Agrarumweltprogramme mit hoher Regelungsintensität und hohen Prämien gut mit den Politikzielen der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie verbinden lassen (Lakner und Kleinknecht 2012). Die Evaluationen des Thünen-Institutes belegen außerdem, dass bei Agrarinvestitionsprogrammen Mitnahmeeffekte existieren (Dirksmeyer et al. 2006).

Insgesamt zeigt sich, dass viele Programme der ländlichen Entwicklung Schwächen aufweisen. Es erscheint somit sehr wichtig, diese Schwächen für die nächste Programmperiode 2014-2020 zu berücksichtigen, um mit einem neuen Programm für ländliche Entwicklung effektivere und effizientere Programme zu erreichen. Dies betrifft auch die Umsetzung der FFH-Richtlinie in Niedersachsen, deren Umsetzung bislang bei den Kreisverwaltungen angesiedelt ist und die daher fachlich nicht immer ausreichend betreut werden kann.

Die neue Programmperiode würde auch die Chance bieten, innovative Maßnahmen in die Agrarumweltmaßnahmen zu integrieren. Eine Reihe solcher Maßnahmen zur Förderung von Umweltleistungen in der Landwirtschaft werden im sog. „Northeim-Projekt“ der Göttinger Agrarwissenschaften untersucht. In diesem Projekt werden Landwirt/innen als Unternehmer ebenso Ernst genommen wie die Bevölkerung mit ihren konkreten Ansprüchen an die Erhaltung und Prägung ihres landschaftlichen Lebensraums¹⁸. Zudem vereint das Projekt eine Reihe von Vorzügen, die auch im Rahmen weiterer Reformschritte bzw. Liberalisierung der EU-Agrarpolitik attraktiv sind.¹⁹ Kernelemente des Northeim-Projekts sind:

- 1.) Die **partizipative Definition und Priorisierung** von regional nachgefragten Umweltleistungen der Landwirtschaft, z.B. Hecken, Blühstreifen und pflanzliche Vielfalt im Grünland durch einen pluralistisch zusammengesetzten regionalen Beirat. Die Vorgehensweise wird unterstützt sowohl durch aufbereitete wissenschaftliche Information sowie durch sozialwissenschaftliche Ergebnisse zu den Wertschätzungen der ansässigen Bevölkerung. Im Rahmen des Projektes wird die **Nachfrage der Bevölkerung in der Region** nach naturnahen Elementen und Strukturen bestimmt, was zu einer höheren Effektivität und Effizienz führt. Die Agrarumweltprogramme können somit auf die landschaftlich an die Präferenzen der Bevölkerung sowie die regionale Knappheit von Umweltleistungen angepasst werden.

¹⁸ Offizieller Name „Ergebnisorientierte Honorierung Ökologischer Leistungen der Landwirtschaft“, ein Projekt des BMBF-BIOLOG Europa-Programms (Abschluss 2010)

¹⁹ Zentrale Ergebnisse sind dokumentiert in Bertke et al. (2005a/b/c), Groth (2007), Klimek et al. (2008).

- 2.) Die **wettbewerbliche Ausschreibung von Umwelleistung** (vgl. Schilizzi und Latacz-Lohmann 2012): Landwirtinnen und Landwirte sind in diesem Modell nicht *angestellten Erfüllungsgehilfen der Umweltverwaltungen*, sondern werden als *Unternehmer* ernst genommen, die betriebswirtschaftliche Zwänge mit dem Erhaltung der ihnen anvertrauten Naturressourcen in Einklang bringen müssen. Das Northeim-Projekt kommt einer solchen positiven Rollenbeschreibung in besonderer Weise entgegen, in dem es ein Ausschreibungsverfahren („Markt“) mit Vertragsinhalten, die in der Produktion von Gütern liegen, kombiniert. Es stellt somit ein Gegenmodell zu einer „veralteten Naturschutzpolitik“ dar, die hauptsächlich in der Einschränkung der landwirtschaftlichen Handlungsfreiheit über Schutzgebietsverordnungen besteht.
- 3.) Eine **ergebnisorientierte Honorierung von Umwelleistungen in der Landwirtschaft**: Die Vergütung im Rahmen der Naturschutz-Verträge findet im Verhältnis zu den tatsächlich erstellten Umwelleistungen wie z.B. Artenvielfalt im Grünland statt. Modelle einer ergebnisorientierten Honorierung der Umwelleistungen der Landwirtschaft wurden bereits vor 10-15 Jahren in der Schweiz und Baden-Württemberg entwickelt (Gruijer und Oppermann 2003) und finden inzwischen auch in andere EU-Staaten Eingang in Agrarumweltprogramme (vgl. Schroeder et al. 2013).
- 4.) Eine Vorbereitung und Begleitung der Einführung des Ansatzes **vertrauensbildende Maßnahmen** zwischen amtlichem Naturschutz, Naturschutzverbänden, dem Landvolk, der Landwirtschaftskammer und den Grundeigentümer/innen. Die Arbeit des regionalen Beirats kann als ein Baustein für ein im Landkreis Northeim vergleichsweise gutes Miteinander der verschiedenen, an Agrarumweltprogrammen beteiligten Akteuren gesehen werden.

Insgesamt führt diese Vorgehensweise zu einer zielgerichteten und effizienten Ausgestaltung von Agrarumweltprogrammen. Daneben kann eine solche Vorgehensweise auch zu einer höheren Akzeptanz von allen Beteiligten führen. Die sozialwissenschaftlich umweltökonomischen Begleituntersuchungen des Northeim-Projekts zeigen deutlich, dass ein Marktversagen bei der Versorgung mit naturnahen Elementen in der Kulturlandschaft vorliegt. Über das wettbewerbliche Auktionsverfahren werden Marktverzerrungen durch die zusätzlichen Mittel, die in die Landwirtschaft fließen, reduziert. Im Idealfall müssten jedoch auch Nichtlandwirte, z.B. Privatanwter oder Landschaftspflegeverbände an den Ausschreibungen teilnehmen können. Zudem gehen die regionale Bestimmung der Nachfrage sowie die freiwillige und ergebnisorientierte Honorierung auf die Forderung ein, auf die freiwillige Bereitstellung von biologischer Vielfalt zu setzen und staatliche, potenziell wettbewerbsverzerrende Zahlungen zu reduzieren.

Es erscheint sinnvoll und notwendig, die skizzierten innovativen Elemente bei einer Neugestaltung der Agrarumweltprogramme stärker zu berücksichtigen, um den Grad der Effizienz bei der Erbringung von Umwelleistungen zu steigern.

Schließlich sind durch die aktuelle GAP-Reform weitere Anforderungen an die landwirtschaftliche Flächennutzung entstanden. So stellen das Greening, die Agrarumweltmaßnahmen sowie Flächenanforderungen der Europäischen Richtlinien (FFH, WRRL) und der Energiewende hohe Anforderungen an die Landwirtschaft. Es könnte daher sinnvoll sein, über neue und innovative Raumnutzungspolitiken und Kommunikations- und Managementkonzepte wie etwa eine regionale Flächenbörse nachzudenken, um die verschiedenen Anforderungen an die Flächennutzung in Einklang zu bringen.

3 Gesellschaft und Landwirtschaft zwischen Konflikt und Dialog

3.1 Spannungsfeld Fleischproduktion und Tierschutz

Das Image und die Bewertung der Landwirtschaft haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Die Landwirtschaft wird heute als moderner wahrgenommen; die Ackerbautechnik (Precision Farming) strahlt eine technische Faszination aus. Auch ist das Image des Berufs Landwirt und der einzelnen Person grundsätzlich positiv – im Gegensatz zum Berufsstand und zu den Verbänden (Liebert 2010). Erhebliche Konfliktpotenziale zur Gesellschaft gehen insbesondere von der Tierhaltung aus. Auf lokaler Ebene wird zunehmend gegen Stallbauvorhaben protestiert, auf regionaler Ebene verschärft sich die Diskussion um die Verdichtung der Tierhaltung und Folgeprobleme und national werden in wachsendem Umfang die ökologischen Folgekosten und Tierschutzfragen thematisiert (Schlecht et al. 2010, Kayser et al. 2012). Eine vom deutschen Bauernverband beauftragte repräsentative Umfrage von 1.000 Bürgern zum Image der Landwirtschaft zeigt, dass die befragten Personen v.a. Defizite der Landwirtschaft in den Bereichen „Umgang mit den Tieren“ und „umweltbewusstes Wirtschaften“ wahrnehmen (IMA 2012). Die Ursachen des sich zuspitzenden Konfliktes sehen die Autoren auf inhaltlicher wie kommunikativer Ebene:

- Das Thema Tierschutz wurde in den vergangenen Jahrzehnten auf europäischer, nationaler und niedersächsischer Ebene im Vergleich zum Naturschutz stiefmütterlich behandelt. Dies hat sich in Niedersachsen mit der Tierschutzplan-Initiative seit Kurzem geändert.
- Das erhebliche Kontrolldefizit bei der Umsetzung des Düngerechts in Niedersachsen hat zu einer zu starken regionalen Konzentration von Nitratüberschüssen in bestimmten Regionen des Landes geführt (BMU 2012), allerdings weisen Taube et al. (2013) darauf hin, dass sich das Problem der Nitratüberschüsse *„nicht allein auf wenige Gebiete und Regionen beschränkt“* (Taube et al. 2013: S.3).
- Die Kosten- und Commodity-Orientierung der Fleischwirtschaft hat zu hohem Wettbewerbsdruck, Mängeln in der Qualitätssicherung und dem fast vollständigen Fehlen differenzierter Qualitätslagen (Marktsegmente) geführt.
- Die Branchenkultur in dem ökonomisch erfolgreichen Veredelungszentrum hat sich in gewissem Maße von den Entwicklungen großstädtischer (meinungsprägender) Milieus abgekoppelt und Warnsignale für eine abnehmende Akzeptanz ignoriert. So zeigt eine

Studie von Albersmeier und Spiller (2010), dass der Fleischsektor im Vergleich zu anderen Branchen²⁰ die niedrigste Reputation in der Bevölkerung genießt.

- Die geringe Öffentlichkeitsorientierung der gesamten Branche, vom vorgelagerten Bereich über die Landwirtschaft bis zu den Schlacht- und Verarbeitungsunternehmen, spiegelt sich in der Vernachlässigung der gesellschaftlichen Diskussion über viele Jahre hinweg wider.

3.2 Spannungsfeld umweltfreundliche Agrarproduktion

Die niedersächsische Landwirtschaft ist überdurchschnittlich produktiv. Während der Anteil Niedersachsens an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland etwa 15 % beträgt, liegt der Anteil an der Wertschöpfung deutlich höher: Die landwirtschaftlichen Verkaufserlöse liegen bei über 20 % der bundesweiten Erlöse, Milch- und Rindfleischerzeugung bei etwa 20 %, Kartoffel- und Geflügelproduktion sogar bei 40 % bzw. darüber (MELV 2013c, Statistische Landesämter 2013). Die hohe Produktivität wird von Vertretern des Berufsstandes oder auch der Agrarpolitik als Beleg für die hohe technologische Innovationskraft der niedersächsischen Landwirtschaft dargestellt (MELVL 2010b).

Die niedersächsische Landwirtschaft ist aber nicht nur produktiv, sie trägt auch die Verantwortung für die Ressourcen und Funktionen der landwirtschaftlichen Ökosysteme, in denen sie wirtschaftet. So ist Niedersachsen *wasserreich* und eine hohe Gewässergüte ist ein allgemein anerkanntes und auch gefordertes Ziel. Niedersachsens vielfältige Standort- und Klimabedingungen (Küste/Mittelgebirge, Sand-, Moor-, Marsch-, Lösslehm-Böden) begünstigen eine artenreiche, vielgestaltige Naturraumausstattung, deren Erhalt eine hohe gesellschaftliche Priorität hat.

Angesichts v.a. international wachsender Märkte für agrarische Produkte und der in den nächsten drei Dekaden erwarteten weltweit erheblich steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln, wird vielfach eine Produktionssteigerung auch für Deutschland gefordert. In der Studie der Britischen Royal Society von 2009 wird eine Produktivitätssteigerung weltweit angemahnt, um die Ernährung der Weltbevölkerung zukünftig zu sichern: Dies müsse aber nachhaltig erfolgen und hierfür wurde der Begriff *sustainable intensification* geprägt (The Royal Society 2009, Godfray et al. 2010). Im Kern ist damit gemeint, dass die Produktion durch Effizienzgewinne und nicht durch zusätzlichen Ressourceneinsatz gelingen müsse.

Der weiterhin stattfindende Grünland-Umbruch und der teilweise Anstieg der Nitratüberschüsse in Niedersachsen zeigen, dass die Landnutzung in Niedersachsen in einigen Regionen und ausgehend von bestimmten Betriebszweigen deutlich intensiviert wurde. Von 1990 bis 2009 nahm die Dauergrünlandfläche um ca. 30 % (1990 = 100 %) ab, zu Gunsten v.a. der Ackerfläche. Noch im Zeitraum von 2005 bis 2010 war ein Rückgang von etwa 1 % pro Jahr

²⁰ Gefragt wurde außerdem nach der Reputation der Autoindustrie, des Bankenwesens, der Bauindustrie, der Chemie-Industrie, des Milchsektors und der Süßwarenindustrie. Den höchsten Wert in einer Skala von 0 bis 100 Punkten erzielte die Autoindustrie mit 72 Punkten, während die Fleischwirtschaft nur einen Wert von 50,7 Punkten kam (Albersmeier und Spiller 2010: 231).

festzustellen. Maßgeblicher Ursache für diese Entwicklung ist der Ausbau der Biogas-Produktion: So ist seit 2005 die Rate des Grünlandumbruchs auf Betrieben mit Biogas dreifach höher als auf Betrieben ohne Biogas (Schramek et al. 2012). Eine weitere Ursache ist die Intensivierung der Tierhaltung, bei der es innerhalb Niedersachsens große regionale Unterschiede gibt. Parallel zum Grünlandumbruch wurde die Maisanbaufläche drastisch ausgedehnt, allein im Zeitraum 2009 bis 2012 um 30 % auf 620.000 ha (DMK 2013). Mais ist in Niedersachsen mittlerweile die wichtigste Ackerfrucht und erreicht fast die Fläche des Dauergrünlands.

Dieser Landnutzungswandel hat ökologische Begleiteffekte:

1.) Nährstoffmanagement: Mais wird in Wasserschutzgebieten (WSG) als Problemfrucht erachtet, weil er zusammen mit Kartoffeln stets die höchsten Restnitratmengen im Boden hinterlässt und ein erhöhtes Nitrataustragsrisiko birgt. Trotz erheblicher Bemühungen zum Grundwasserschutz seit über 20 Jahren hat sich in vielen Regionen in Niedersachsen die Nitratbelastung der Gewässer nicht verbessert. Lt. Aktuellem Nitratbericht des Bundesumweltministeriums werden im Nordwesten Niedersachsens teilweise wieder ansteigende Nitratwerte gemessen (BMU 2012: S.33). Der Nährstoff-Bericht der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (2012) weist darauf hin, dass selbst unter Berücksichtigung der Verbringung von Gülle in andere Landkreise, der Nährstoffsaldo für organische Dünger von 170 kg/ha in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg überschritten wird. Die Landwirtschaftskammer sieht daher *„erheblichen Handlungsbedarf zur Verbesserung des einzelbetrieblichen und überbetrieblichen Nährstoffmanagements“* (LWK 2013: S.34/35). Ursache für diesen Befund sind nach wie vor hohe Nährstoffbilanzüberschüsse; wiederum mit starker regionaler Differenzierung. So ist der Nährstoffanfall aus der Tierhaltung und aus Gärresten (also Wirtschaftsdüngern) in manchen Regionen Niedersachsens höher als es dem mittleren Düngebedarf der Feldkulturen entspricht.

Innerhalb der Europäischen Union werden in Deutschland und Malta die höchsten Nitratüberschüsse gemessen (EU-Kommission 2013). Die EU-Kommission sieht als wichtigen Grund für die Unzulänglichkeit Deutschlands bei der Verbesserung des Nährstoffmanagements in den Ausnahmen von allgemeinen Regeln zum Nährstoffmanagement im Bereich Nitrat. Daneben fordert die EU-Kommission Deutschland auf, den Herausforderungen wie dem starken Ausbau des Energiepflanzenanbaus und dem steigenden Anteil der Biogas-Produktion in den Aktionsprogrammen stärker gerecht zu werden (EU-Kommission 2013: S. 13)

2. Entwicklung des Dauergrünlands und dessen Klimawirkung: Von 2003 bis 2012 sind in Niedersachsen 50.000 ha Dauergrünland umgebrochen worden, was 6,5 % der Fläche von 2003 ausmacht (Umweltbundesamt 2013). Gerade dieser Landnutzungswandel ist nicht klimaneutral: Etwa 20 % der Grünlandumbruchflächen lag in Gebieten mit Schutzstatus. Überdurchschnittlich vertreten waren dabei feuchte/nasse Böden und organische Böden (Moorböden). Das hat Klimarelevanz, insbesondere wenn Mais nachgebaut wird. Unter Mais herrschen sehr günstige Mineralisierungsbedingungen, d.h. organischer Kohlenstoff aus dem Vor-

rat der organischen Substanz des Bodens wird abgebaut und CO₂ freigesetzt. Diese Freisetzung beträgt etwa das Doppelte einer Freisetzung bei Grünlandnutzung. Gleichzeitig wird mit der Mineralisierung aber auch N freigesetzt und im Frühjahr können unter Mais zeitweilig mehrere 100 kg Nitrat-N im durchwurzelbaren Bodenkörper vorliegen. Das ist ein hohes Risiko für Denitrifikation und Lachgasbildung (N₂O), v.a. auf feuchten Böden. Lachgas (N₂O) ist jedoch dreihundertmal stärker klimawirksam als CO₂.

3.) Auswirkungen auf die Biodiversität: Der Landnutzungswandel wirkt sich auch auf die biotische Vielfalt aus. Das kann am Beispiel der Pflanzenartenvielfalt des Grünlands gezeigt werden. Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts bis zur Jahrtausendwende ist nicht nur die Dauergrünlandfläche in Deutschland stark zurückgegangen, auch der Anteil artenreichen Grünlands (marginales Grünland) ist von fast 40 % auf 10 % gesunken. Bundesweit werden nur mehr etwa 13 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Flächen mit einem erhöhten Naturwert (*high nature value*) eingestuft, davon entfallen 1,5 % auf Ackerland, 5,5 % auf Grünland und 4,6 % auf Landschaftselemente in der Agrarlandschaft (PAN, IFAB & INL 2011). Diese Restbestände an Diversität sind nicht gesichert und z.T. werden weiter rückläufige Tendenzen festgestellt. Das steht im Widerspruch zu den Zielen der Nationalen Biodiversitätsstrategie.

Die Landwirtschaft in Niedersachsen zeigt sich somit einerseits als sehr produktiv, allerdings hat diese Produktivität Nebenwirkungen. Die dargestellten Umweltprobleme der agrarischen Produktion zeigen gerade in Niedersachsen, dass die Produktivität keineswegs auf einer nachhaltigen Wirtschaftsweise basiert und man somit nicht von der o.g. „nachhaltigen Intensivierung“ des Agrarsektors insgesamt sprechen kann – auch wenn viele Betriebe sich an rechtliche Vorgaben halten und auf dem Einzelbetrieb keine Rechtsverstöße nachzuweisen sind.

Für die Landespolitik stellt sich die Frage, welche politischen Handlungsmöglichkeiten es gibt, um die skizzierten Probleme anzugehen:

1.) Ordnungspolitische Maßnahmen

Wie bereits oben dargestellt, gibt es im Bereich des Nährstoffmanagements EU-Richtlinien, die jedoch in Deutschland nicht vollständig umgesetzt wurden (vgl. EU Kommission 2013). Es wäre zunächst naheliegend, den Rechtsrahmen der EU vollständig umzusetzen, da dies ohnehin rechtlich geboten ist und eine gewisse Wirkung erzielen dürfte. Es gibt bestimmte gesellschaftliche Grundwerte, über deren Einhaltung ein breiter Konsens besteht. Daher sprechen durchaus politische oder rechtliche Gründe für die Wahl von ordnungspolitischen Vorgaben gerade im Bereich Nährstoffmanagement. Aus Sicht der ökonomischen Politikanalyse sind ordnungspolitische Maßnahmen (z.B. Verbote oder Mindestwerte von Nährstoff-Einträgen) als weniger effizient einzuschätzen als etwa Besteuerungs- oder Verhandlungslösungen. Dies trifft vor allem auf ihre dynamische Wirkung zu: So können Betriebe bei einer steuerlichen Lösung oder eine Verhandlungs- bzw. Zertifikatlösung technischem Fortschritt nutzen und somit Effizienzgewinne erzielen, während von einem Verbot keine dynamischen

Anreize ausgehen (Fritsch 2010: S. 106/107). Ordnungspolitische Maßnahmen stellen somit aus ökonomischer Sicht eine Notlösung für ein Problem dar, das man nicht auf andere Weise lösen kann.

Gerade im Bereich Nährstoffmanagement sind auch Instrumente wie eine Stickstoffsteuer denkbar, in Schweden war von 1984 bis 2010 eine Stickstoff-Steuer implementiert (Mohlin 2013). Allerdings geht eine Stickstoffsteuer mit einem hohen Verwaltungsaufwand einher, was eher gegen eine Implementierung spricht. Die Erfahrung mit einer Stickstoff-Steuer in Schweden zeigt eine eher mäßige Effektivität (*ebenda*), was jedoch unter anderem auch mit der diffusen Wirkung von Stickstoff im Agrarökosystem zusammenhängt. Der theoretischen Effizienz einer steuerlichen Lösung stehen im Bereich Landwirtschaft technische Probleme entgegen, was unter Umständen eher wieder für eine ordnungsrechtliche Lösung spricht. Eine vollständig Diskussion der richtigen Instrumentenwahl im Bereich Nährstoffmanagement kann hier jedoch nicht erfolgen.

2.) Förderpolitische Rahmenbedingungen

Eine mögliche Strategie könnte darin bestehen, dass Niedersachsen nicht nur die Spitzenposition in der Intensivierung der Produktivität der Landnutzung und der technologischen Innovation einnehmen würde, sondern dass diese Spitzenposition auch im Hinblick auf die „*nachhaltige Produktivitätssteigerung*“ gelten würde. Die Effizienz der im Rahmen der ersten und zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verausgabten Mittel für die Erreichung ökologischer Ziele bzw. für eine erhöhte Nachhaltigkeit ist wie bereits dargestellt verbesserungsfähig. Eine Fördermöglichkeit könnte im Rahmen von Agrarinvestitionsmaßnahmen der zweiten Säule bestehen, die man z.B. auf technologische Lösungen für eine umwelt- und klimafreundliche Produktion ausrichten könnte.

3.) Forschung und Entwicklung

Für eine nachhaltigere Produktion sind weitere Innovationen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Produktivitätszielen mit den Zielen der Nachhaltigkeit notwendig. Es kann in Niedersachsen in besonderem Maße beobachtet werden, dass die Produktionssysteme vereinfacht werden und dass in größer werdenden Einheiten, auf größerer Fläche mit einer starken Ausdehnung weniger Kulturen gewirtschaftet wird. Nachhaltigkeit lässt sich jedoch auch mit Hilfe von Differenzierung und Diversifizierung erzielen, daneben kann durch eine Diversifizierung auch eine Streuung von Risiko erreicht werden. Daneben erscheint es wichtig, Produktionssysteme und -techniken zu entwickeln, die beispielsweise der Standortvielfalt besser Rechnung tragen.

Quelle:

- Agra Europe (2013a): Analysis P2 funding levels in 2014-2020 at mercy of national transfer options, Agra Europe, October 1, 2013, p.6-8.
- Agra Europe (2013b): External convergence' creates P1 winners and losers, Agra Europe, October 8, 2013, p.5.
- Albersmeier, F. und A. Spiller (2010): Das Ansehen der Fleischwirtschaft: Zur Bedeutung einer stufenübergreifenden Perspektive, S. 213-250 in J. Böhm, F. Albersmeier und A. Spiller (Hrsg.): Die Ernährungswirtschaft im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit, EUL-Verlag, Köln.
- AMK (2013): Vorläufiges Ergebnisprotokoll der Agrarministerkonferenz von 4. November 2013 in München, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, url: http://db.zs-intern.de/uploads/1383605278-AMK_Protokoll_04-11-2013.pdf, letzter Zugriff am 6. November 2013.
- Armsworth, P.A., S. Acs, M. Dallimer, K.J. Gaston, N. Hanley und P. Wilson (2012): The cost of policy simplification in conservation incentive programs, in Ecology Letters Vol. 15 Issue 5: S. 406-414.
- Balman, A. (2013): Wo stehen wir im Verständnis des Agrarstrukturwandels?, Plenarvortrag auf der Gewisola Jahrestagung 2013 "Wie viel Markt und wie viel Regulierung braucht eine nachhaltige Agrarentwicklung?", am 25.-27. September 2013, Berlin.
- Balman, A. und C. Sahrbacher (2014): Mehr als „Museumsprämien“? Zur Förderung der ersten Hektare und Junglandwirte im Rahmen der EU-Agrarpolitik, IAMO Policy Brief Nr. 14, Januar 2014, Halle/Saale, url: http://www.iamo.de/dok/IAMOPolicyBrief14_de.pdf, letzter Zugriff 05.02.14
- Bertke, E., Gerowitt, B., Hespelt, S.-K., Isselstein, J., Marggraf, R. und Tute, C. (2005a): An outcome-based payment scheme for the promotion of biodiversity in the cultural landscape. In: Grassland Science in Europe, Vol. 10
- Bertke, E., Groth, M. und Richter-Kemmermann, A. (2005b): Die Honorierung von Umweltleistungen per Ausschreibung – Ergebnisse der modellhaften Umsetzung eines marktanalogen Agrarumweltprogramms. Ländlicher Raum, 6, 41-44.
- Bertke, E., Hespelt, S.-K. und Marggraf, R. (2005c): Ein regionaler Beirat als partizipatives Gremium in der Agrar-Umweltpolitik. in: Feindt, P., Newig, J. (Hrsg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Metropolis, 281-298.
- BMELV (2013a): Konzept zur nationalen Umsetzung der Beschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2015, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Berlin.
- BMELV (2013b): Zielwerte Direktzahlungen 2013, Dokument des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Berlin, [http](http://www.bmelv.de):
- BMU (2012), Nitratbericht 2012, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Berlin. url: http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Klima-und-Umwelt/Nitratbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile, letzter Zugriff am 05.02.2014
- Bundesamt für Statistik (2010): Mikrozensus Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland, Bundesamt für Statistik, Wiesbaden, url: <https://www-genesis.destatis.de>, letzter Zugriff 25.11.2013.
- Bundesamt für Statistik (2013a): Datenbank Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bundesamt für Statistik, Wiesbaden, url: <https://www-genesis.destatis.de>, letzter Zugriff am 25.11.2013.
- Bundesamt für Statistik (2013b): Datenbank Regionalstatistik, Bundesamt für Statistik, Wiesbaden, url: <http://www.regionalstatistik.de>, letzter Zugriff am 25.11.2013.
- CDU (2013): Gemeinsam erfolgreich für Deutschland - Regierungsprogramm 2013-2017, Christlich Demokratische Union, Berlin, url: <http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf> letzter Zugriff am 25.11.2013.
- Cunha, A. und A. Swinbank (2011): An inside view of the CAP reform process. Oxford: University Press.
- Damianos D. und N. Giannakopoulos (2002): Farmers' participation in agri-environmental schemes in Greece British Food Journal, Vol. 104 No. 3/4/5, 2002, pp. 261-273.
- DMK, Deutsches Maiskomitee (2013): Maisanbaufläche in Deutschland. http://www.maiskomitee.de/web/upload/pdf/statistik/dateien_pdf/02.Maisanbauflaechen_D_in_ha_2012-2013_vorlaeufig_20130802.pdf, letzter Zugriff am 20.01.2014.
- Dirksmeyer, W., B. Fostner, A. Margarian und Y. Zimmer (2006). Aktualisierung des Zwischenberichts des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) in Deutschland für den Förderzeitraum 2000-2004 - Länderübergreifender Bericht, Thünen-Institut, Braunschweig.

- Dobbs T.L. und J. Pretty (2008): Case study of agri-environmental payments: The United Kingdom, *Ecological Economics* 65; p.765-775.
- DVS (2011): ELER in Deutschland – Programmübersicht und Finanzmittelplanung, Bericht der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS), Bonn, url: http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/05_Service/Publikationen/Massnahmensteckbriefe/Maßnahmenübersicht_Länder_2011_Dez_nur%20BW_BB_korrigiert.pdf letzter Zugriff am 11.11.2013.
- Europäische Kommission (2013): Bericht der EU-Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Umsetzung der Richtlinie 91/676/EWG des Rates zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen auf der Grundlage der Berichte der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2008–2011, COM(2013) 683 final, Brüssel, den 10. Oktober 2013.
- Europäischer Rat (2012): Verordnung (EU) Nr. 671/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe für das Jahr 2013, Brüssel, Amtsblatt der 31.7.2012, L 203/12.
- Europäischer Rat (2013a): Schlussfolgerungen mehrjähriger Finanzrahmen, Dokument der Tagung vom 7./8.Februar 2013, EUCO 37/13, Brüssel.
- Europäischer Rat (2013b): Pressemitteilung zum 3249. Ratstreffen für Landwirtschaft und Fischerei am 24./25.Juni 2013, Dokument Nr. 11372/13, Luxemburg.
- Europäische Rechnungshof (2011): Wie gut sind Konzeption und Verwaltung der geförderten Agrarumweltmaßnahmen, Sonderbericht Nr.7/2011, Luxemburg, url: <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8772748.PDF>, letzter Zugriff 06.01.2012.
- Fritsch, M. (2010): Marktversagen und Wirtschaftspolitik (8.A.), Vahlen, München
- Godfray, H.C.J., I.R. Crute, L. Haddad, D. Lawrence, J.F. Muir, N. Nisbett, J. Pretty, S. Robinson, C. Toulmin and R. Whiteley (2010): The future of the global food system, *Philosophical Transactions of the Royal Society B*, Vol. 365, p.2769-2777, <http://dx.doi.org/10.1098/rstb.2010.0180>
- Groth, M. (2007): Ausschreibungen in der Agrarumweltpolitik: Konzeption und Ergebnisse der praktischen Umsetzung eines Modellvorhabens, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8 (3), 279-292.
- IMA (2012): Das Image der deutschen Landwirtschaft - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in Deutschland, Information Medien Agrar (IMA) e.V., url: http://www.ima-agrar.de/fileadmin/redaktion/download/image-studie/2012/ima-imagestudie-landwirtschaft_bericht-2012.pdf, letzter Zugriff am 10.02.2014.
- Kayser, M., Schlieker, K., Spiller, A. (2012): Die Wahrnehmung des Begriffs "Massentierhaltung" aus Sicht der Gesellschaft, *Berichte über Landwirtschaft* 90 (3), S. 417-428.
- Kleijn, D. und W.J. Sutherland (2003). How effective are European agri-environment schemes in conserving and promoting biodiversity? In *Journal of Applied Ecology* (2003) 40, 947–969.
- Klimek, S., Richter-Kemmermann, A., Steinmann, H.-H., Freese, J. und Isselstein, J. (2008): Rewarding farmers for delivering vascular plant diversity in managed grasslands: a transdisciplinary case-study approach. *Biological Conservation* 141, 2888-2897.
- Lakner, S., B. Heinrich und C. Holst (2012): Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU 2014 - mögliche Folgen des Greenings, In: *Neues Archiv Niedersachsen* 2012, Heft 2, S. 28-49, url: <http://purl.umn.edu/143508>, letzter Zugriff 23.11.2013.
- Lakner, S. und U. Kleinknecht (2012): Naturschutzfachliche Optimierung von Grünland mit Hilfe der FFH-Managementplanung in Sachsen, Tagungsbeitrag zur Gewisola-Tagung 2012, 26.-28.Sept. 2012 in Hohenheim, url: <http://purl.umn.edu/137382> letzter Zugriff: 25.11.2013.
- Lakner, S., C. Holst, B. Brümmer, S. von Cramon-Taubadel, L. Theuvsen, O. Mußhoff und T. Tschardtke (2013): Zahlungen für Landwirte an gesellschaftliche Leistungen koppeln!, Diskussionsbeitrag Nr. 1304 des Departments für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Georg-August Universität Göttingen, url: <http://purl.umn.edu/151594>, letzter Zugriff am 23.11.2013.
- LWK (2013): Nährstoffbericht in Bezug auf Wirtschaftsdünger für Niedersachsen 2012/2013, Bericht der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Hannover, url: http://www.ml.niedersachsen.de/download/81408/Naehrstoffbericht_2012_2013.pdf letzter Zugriff am 10.02.2014
- Levin, G. (2006): Farm size and landscape composition in relation to landscape changes in Denmark, *Danish Journal of Geography*, Vol. 106 (2), pp. 45-59.
- Liebert, T. (2010): Das Image der Landwirtschaft: Ist und Wege zum Soll. Systematische Differenzierungen und kommunikationsstrategische Ableitungen aus empirischen Befunden, S. 25-46 in: in J. Böhm, F. Albersmeier und A. Spiller (Hrsg.): *Die Ernährungswirtschaft im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit*, EUL-Verlag, Köln.

- Mann, S. (2005): Farm Size Growth and Participation in Agri-environmental Schemes: A Configurational Frequency Analysis of the Swiss Case, *Journal of Agricultural Economics*, Vol. 56 (3), pp. 373–384.
- Marini, L., P. Fontana, S. Klimek, A. Battisti, K.J. Gaston (2009): Impact of farm size and topography on plant and insect diversity of managed grasslands in the Alps, *Biological Conservation*, Vol. 142, pp. 394-403.
- Mehl, P. (2012): Agrarstrukturelle Wirkung der Hofabgabeklausel. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Thünen-Institut für ländliche Räume, Braunschweig.
- MELVL (2010a): Förderwegweiser PROFIL – Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, Hannover, url: <http://www.ml.niedersachsen.de/download/4069/PROFIL-Foerderwegweiser.pdf> letzter Zugriff am 12.11.2013.
- MELVL (2010b): Die Landwirtschaft in Niedersachsen, Broschüre des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, Hannover.
- MELVL (2011): Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013 (Profil), Konsolidierte Fassung des Programmes (Stand: 20. Dezember 2011), Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (MELVL), Hannover, url: http://www.ml.niedersachsen.de/download/4071/Programm_PROFIL_Teil_1.pdf, letzter Zugriff 25.11.2013
- MELV (2013a): Agrarpolitik umwelt- und sozialgerechter gestalten - Konzept der Agrarministerin und Agrarminister der Länder Baden- Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zur nationalen Umsetzung der Beschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2015, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Niedersachsen (MELV), Hannover.
- MELV (2013b): Auszahlung der Betriebsprämien 2013, Pressemitteilung des Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Niedersachsen (MELV) vom 20.12.2013, Hannover, url: http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1810&article_id=120764&_psmand=7, letzter Zugriff 04.02.2014
- MELV (2013c): Die niedersächsische Landwirtschaft in Zahlen 2011 (Stand: November 2013), Dokument des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Niedersachsen, Hannover, url: http://www.ml.niedersachsen.de/download/83668/Die_niedersaechsische_Landwirtschaft_in_Zahlen_2011_-_Ergaenzung_11-2013.pdf letzter Zugriff am 05.02.2014
- Mohlin, K. (2013): The Swedish nitrogen tax and greenhouse gas emissions from agriculture, Chapter 2 in Mohlin, K.: *Essays on Environmental Taxation and Climate Policy*, Dissertation at the University of Gothenburg, https://gupea.ub.gu.se/bitstream/2077/33425/3/gupea_2077_33425_3.pdf, letzter Zugriff am 11.02.2014.
- Nieberg, H. (1993): Werden die Umweltwirkungen der Agrarproduktion durch die Betriebsgröße und Erwerbsform landwirtschaftlicher Betriebe beeinflusst?, Dissertation, Institute für Agrarökonomie, Georg-August University of Göttingen.
- Nieberg, H. und H. Frhr. von Münchhausen (1996): Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Umweltverträglichkeit der Agrarproduktion – empirische Ergebnisse aus den alten und neuen Bundesländern, S.129-140 in O. Kirschke, M. Odening und G. Schade (Hrsg.) (1996): *Agrarstrukturentwicklungen und Agrarpolitik*, Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus (Gewisola), Band 32, Landwirtschaftsverlag, Münster-Hiltrup.
- OECD (2013): *Agricultural Policy Monitoring and Evaluation 2013 - OECD Countries and Emerging Economies*, Studie der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD), Paris.
- Oppermann, R. und H.U. Gujer (2003): Artenreiches Grünland - bewerten und fördern: MEKA und ÖQV in der Praxis, Ulmer: Stuttgart.
- PAN, IFAB & INL (2011): Umsetzung des High Nature Value Farmland-Indikators in Deutschland – Ergebnisse eines Forschungsvorhabens (UFOPLAN FKZ 3508 89 0400) im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (Bearbeitung durch: PAN Planungsbüro für angewandten Naturschutz, Institut für Agrarökologie und Biodiversität und Institut für Landschaftsökologie und Naturschutz).- München, Mannheim und Singen.
- Ribbe, L. (2013). Die Zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Kürzungen in der neuen Finanzperiode (2014 – 2020) in Deutschland, Euronatur, Rheinbach, url: <http://www.euronatur.org>, letzter Zugriff 25.11.2013.

- The Royal Society (2009): Reaping the benefits: Science and the sustainable intensification of global agriculture, London, url:
http://royalsociety.org/uploadedFiles/Royal_Society_Content/policy/publications/2009/4294967719.pdf -, letzter Zugriff am 16.12.2013
- Schilizzi, S. und U. Latacz-Lohmann (2012): Evaluating Conservation Auctions with Unknown Bidder Costs: The Scottish Fishing Vessel Decommissioning Program, in *Land Economics* Vol. 88, Issue 3, S. 658-673.
- Schlecht, S., F. Albersmeier, A. Spiller (2010): Eine Analyse medialer Frames bei Konflikten im ländlichen Raum – das Beispiel landwirtschaftlicher Bauvorhaben, S. 333-364 in: Kayser, M., J. Böhm, A. Spiller (Hrsg.) (2010): *Die Ernährungswirtschaft in der Öffentlichkeit. Social Media als neue Herausforderung der PR*, Cuvillier Verlag, Göttingen.
- Schramek, J., Osterburg, B., Kasperczyk, N., Nitsch, H., Wolff, A., Weis, M., Hülemeyer, K., 2012: Vorschläge zur Ausgestaltung von Instrumenten für einen effektiven Schutz von Dauergrünland. BfN-Skripten 323, Bundesamt für Naturschutz, Bonn.
- Schroeder, L.A., J. Isselstein, S. Chaplin, S. Peel (2013): Agri-environment schemes: Farmers' acceptance and perception of potential 'Payment by Results' in grassland—A case study in England, in *Land Use Policy* Vol. 32, S. 134–144.
- Statistische Landesämter (2013): Verkaufserlöse der Landwirtschaft – in jeweiligen Preisen – in Deutschland 1991 bis 2010 nach Bundesländern, url: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/landwirtschaft/LGR/DE_VE_LR.asp letzter Zugriff am 04.02.2014
- Steffens, W. (2013): Große Verluste für Niedersachsen Bauern, Artikel in *Land & Forst online*, <http://www.landvolk.net/Agrarpolitik/Land-und-Forst/2013/11/1346/Agrarreform.php>, letzter Zugriff am 22.11.2013.
- Taube, F., A. Balmann, J. Bauhus, R. Birner, W. Bokelmann, O. Christen, M. Gauly, H. Grethe, K. Holm-Müller, W. Horst, U. Knierim, U. Latacz-Lohmann, H. Nieberg, M. Qaim, A. Spiller, S. Täuber, P. Weingarten und F. Wiesler (2013). Novellierung der Düngeverordnung: Nährstoffüberschüsse wirksam begrenzen, *Berichte über Landwirtschaft* Vol. 219, S.1-12, url:
<http://dx.doi.org/10.12767/buel.v0i219.28.g77>, letzter Zugriff am 25.11.2013.
- Thiele, S. (1996): Das Privatvermögen der Landwirtschaft und dessen Einfluss auf die soziale Lage, *Agrarwirtschaft* 45, 6, 239-245.
- Vanslebrouck, I., G. van Huylenbroeck, W. Verbeke (2002): Determinants of the Willingness of Belgian Farmers to Participate in Agri-environmental Measures, *Journal of Agricultural Economics*, Vol. 53 (3), pp. 489-511.
- Wilson, G.A. and K. Hart (2000): Financial imperative or conservation concern? EU farmers' motivations for participation in voluntary agri-environmental schemes, *Environment and Planning A* , Vol. 32, p. 2161-2185.

Anhang:

Tabelle 1: Umsetzungsoptionen des Aigner und des Meyer-Modells

<p>'Aigner Modell' Mit Unterstützung der Bundesregierung sowie der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen</p>	<p>'Meyer Modell' Unterstützung der grünen Landesminister für Landwirtschaft in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.</p>
<p>Basisprämie ab 2019 bundeseinheitlich Greening ab 2015 einheitlich</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landwirtschaftliche Produktion auf Ökologischen Vorrangflächen (Zwischenfrüchten, Leguminosen) • Anreize zum Ausbau von Landschaftselementen • Einzelbetriebliche Umsetzung beim Grünlanderhalt <p>Keine Umschichtung zwischen den Säulen Umverteilungsoption:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erste 15 Hektar mit 50 €/ha und • 16-30 Hektare mit 30 €/ha • Umverteilung als Ausgleich des Wegfalls der Modulation • Zusammenhang zw. Umverteilung und Verteilung II. Säule <p>Benachteiligte Gebiete: 2,5 % der nationalen Obergrenze als Aufschlag für Dauergrünland von 40 €/ha Junglandwirte: 50 €/ha für Junglandwirte bis 40 Jahre, Ausschöpfen der Obergrenze von 90 ha. Gekoppelte Förderung: spezifische Förderung für Raufutterfresser in sehr umwelt- sensiblen Gebieten Kleinerzeuerverordnung mit vereinfachtem Antragsverfahren bis 1.250 €/Betrieb</p>	<p>Basisprämie ab 2019 bundeseinheitlich Greening ab 2015 einheitlich</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anbau von Leguminosen auf ökol. Vorrangflächen • Enge Grenzen beim der Anerkennung von Agrarumweltmaßnahmen bei Greening (Äquivalenz-Prinzip) • keine Dünge- und Pflanzenschutzmittel auf Ökologischen Vorrangflächen, auch als Grundsatz bei Äquivalenz) • Einzelbetriebliche Umsetzung von Greening <p>Umschichtung von 15 % der nationalen Obergrenze von I. in die II. Säule,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zweckbindung der Mittel auf Agrarumweltprogramme, Tierschutz und benachteiligte Gebiete • Interne Konvergenz bei II. Säule: Neuverteilung der II. Säule-Mittel zwischen ost- und west-deutschen Bundesländern <p>Umverteilungsoption:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die ersten 46 Hektare mit 100 €/ha • Umverteilung zum Erreichen einer gerechteren Verteilung <p>Benachteiligte Gebiete: in II. Säule fördern Junglandwirte: 2 % der nationalen Obergrenze, als 25%-Zuschlag auf die Basisprämie. Ausschöpfen der Obergrenze von 90 ha. Gekoppelte Förderung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bis zu 8% der nationalen Obergrenze • Sowie 2 % für gekoppelte Eiweißpflanzenprämie • Prämie für die Beweidung von Grünland in umweltsensiblen Gebieten (z.B. Berggebieten) • Prämie für Hüte-Tierhaltung (Schafe und Ziegen) <p>Kleinerzeuerverordnung mit vereinfachtem Antragsverfahren bis 1.250 €/Betrieb</p>

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach BMELV 2013a und MELV 2013a

Tab. 2: Vergleich von landwirtschaftlichen Gewinnen und vergleichbaren Einkommen der sonstigen Wirtschaft im Rahmen der Vergleichsrechnung der Bundesregierung

Wirtschaftsjahr	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10
Vergleichslohn	26.646 €	26.982 €	27.492 €	27.768 €	28.022 €
Betriebsleiterzuschlag	1.390 €	1.498 €	1.716 €	1.658 €	1.573 €
Zinsansatz für das Eigenkapital	5.303 €	5.490 €	5.518 €	5.636 €	5.675 €
Summe der Vergleichsansätze	33.339 €	33.970 €	34.726 €	35.062 €	35.270 €
Gewinn aus ldw. Tätigkeit	24.053 €	27.391 €	33.147 €	25.473 €	23.211 €
Abstand in €	-9.286 €	-6.579 €	-1.579 €	-9.589 €	-12.059 €
Abstand in %	-27,9%	-19,4%	-4,5%	-27,3%	-34,2%

Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung 2011, S. 32

Tab. 3: Landwirtschaftliche Einkommen in Abhängigkeit von Betriebsgröße in EGE

Betriebsgröße EGE* ²¹	Anteil der Betriebe (%)	Gewinn je Unternehmen		Gewinn + Personalaufwand je AK	
		€/Unternehmen	Änderung gegen- über Vorjahr (%)	€/AK	Änderung gegen- über Vorjahr (%)
16 – 40 (kleinere)	32,2	15.533 €	- 4,2	12.930 €	- 4,0
40 – 100 (mittlere)	43,3	31.828 €	- 7,9	21.719 €	- 6,2
>100 (größere)	24,5	67.035 €	- 10,2	29.297 €	- 8,0

Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung 2011, S. 31
EGE: Europäische Größeneinheit

Tab. 4: Mittel der ersten und zweiten Säule für Deutschland 2013-2020

Jahr	Mittel der I. Säule [in Mio. €]	Mittel der II. Säule [in Mio. €]
2013	5.329,600 €	1.429,710
2014	5.178,187 €	1.178,779
2015	5.178,178 €	1.177,252
2016	5.144,264 €	1.175,694
2017	5.110,446 €	1.174,103
2018	5.076,522 €	1.172,484
2019	5.047,458 €	1.170,779
2020	5.018,395 €	1.168,761
Mittelwert 2014-2020	5.107,636 €	1.173.979
<i>Kürzung 2014-2020 im Vergleich zu 2013:</i>	<i>- 4,2%</i>	<i>- 17,8%</i>
<i>Kürzung 2020 im Vergleich zu 2013:</i>	<i>- 5,8%</i>	<i>- 18,2%</i>

Quelle: Eigene Berechnung, Daten nach Agra-Europe 2013a, 2013b, Ribbe 2013
sowie Europäischer Rat 2012 und 2013a

²¹ Die Europäische Größeneinheit (EGE) ist eine ökonomische Kennzahl und misst die Größe eines Unternehmens hauptsächlich an Hand von Umsatz.

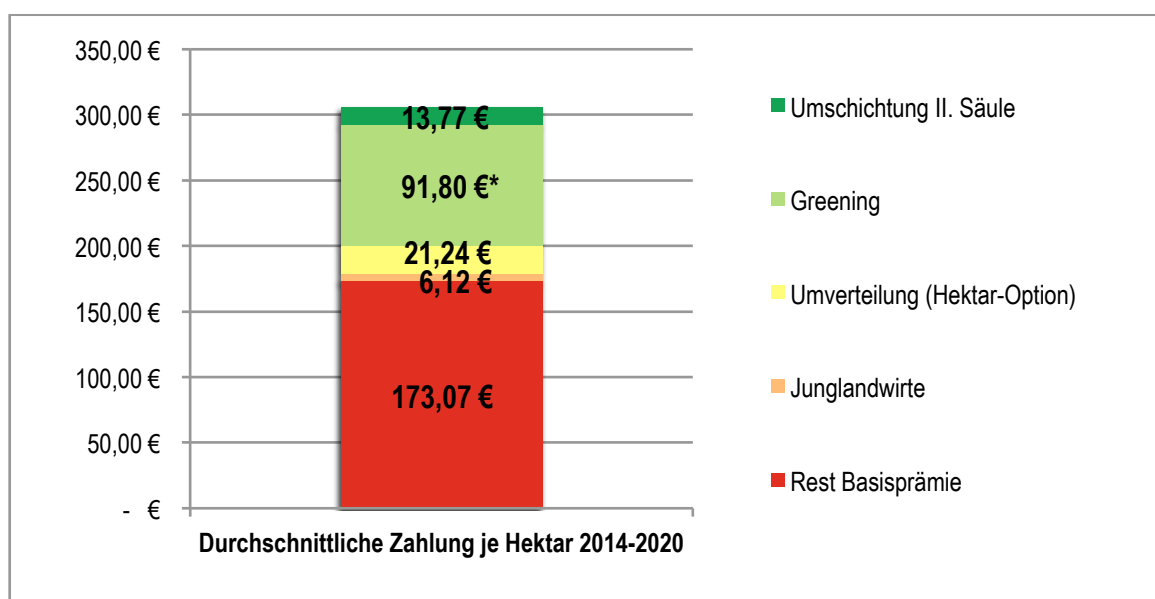


Abb. 5: Aufteilung der Direktzahlungen nach Umsetzung der GAP-Reform 2013

Quelle: Eigene Berechnung nach Angaben von BMELV 2013a und AMK 2013

*Bemerkung: Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz Niedersachsen kommt in seinen im Dezember 2013 Berechnungen auf einen etwas niedrigeren Greening-Beitrag von 85 €/ha (MELV 2013b). Der Wert der Basisprämie stimmt dagegen mit den Berechnungen des Ministeriums überein.



**Diskussionspapiere
(2000 bis 31. Mai 2006: Institut für Agrarökonomie
der Georg-August-Universität, Göttingen)**

2000		
0001	Brandes, Wilhelm	Über Selbstorganisation in Planspielen: ein Erfahrungsbericht, 2000
0002	von Cramon-Taubadel, Stephan u. Jochen Meyer	Asymmetric Price Transmission: Factor Artefact?, 2000
2001		
0101	Leserer, Michael	Zur Stochastik sequentieller Entscheidungen, 2001
0102	Molua, Ernest	The Economic Impacts of Global Climate Change on African Agriculture, 2001
0103	Birner, Regina et al.	„Ich kaufe, also will ich?\": eine interdisziplinäre Analyse der Entscheidung für oder gegen den Kauf besonders tier- u. umweltfreundlich erzeugter Lebensmittel, 2001
0104	Wilkins, Ingrid	Wertschöpfung von Großschutzgebieten: Befragung von Besuchern des Nationalparks Unteres Odertal als Baustein einer Kosten-Nutzen-Analyse, 2001
2002		
0201	Grethe, Harald	Optionen für die Verlagerung von Haushaltsmitteln aus der ersten in die zweite Säule der EU-Agrarpolitik, 2002
0202	Spiller, Achim u. Matthias Schramm	Farm Audit als Element des Midterm-Review : zugleich ein Beitrag zur Ökonomie von Qualitätssicherungssystemen, 2002
2003		
0301	Lüth, Maren et al.	Qualitäts-Signaling in der Gastronomie, 2003
0302	Jahn, Gabriele, Martina Peupert u. Achim Spiller	Einstellungen deutscher Landwirte zum QS-System: Ergebnisse einer ersten Sondierungsstudie, 2003
0303	Theuvsen, Ludwig	Kooperationen in der Landwirtschaft: Formen, Wirkungen und aktuelle Bedeutung, 2003
0304	Jahn, Gabriele	Zur Glaubwürdigkeit von Zertifizierungssystemen: eine ökonomische Analyse der Kontrollvalidität, 2003
2004		
0401	Meyer, Jochen u. Stephan von Cramon-Taubadel	Asymmetric Price Transmission: a Survey, 2004
0402	Barkmann, Jan u. Rainer Marggraf	The Long-Term Protection of Biological Diversity: Lessons from Market Ethics, 2004
0403	Bahrs, Enno	VAT as an Impediment to Implementing Efficient Agricultural Marketing Structures in Transition Countries, 2004
0404	Spiller, Achim, Torsten Staack u. Anke Zühlsdorf	Absatzwege für landwirtschaftliche Spezialitäten: Potenziale des Mehrkanalvertriebs, 2004

0405	Spiller, Achim u. Torsten Staack	Brand Orientation in der deutschen Ernährungswirtschaft: Ergebnisse einer explorativen Online-Befragung, 2004
0406	Gerlach, Sabine u. Berit Köhler	Supplier Relationship Management im Agribusiness: ein Konzept zur Messung der Geschäftsbeziehungsqualität, 2004
0407	Inderhees, Philipp et al.	Determinanten der Kundenzufriedenheit im Fleischerfachhandel
0408	Lüth, Maren et al.	Köche als Kunden: Direktvermarktung landwirtschaftlicher Spezialitäten an die Gastronomie, 2004
2005		
0501	Spiller, Achim, Julia Engelken u. Sabine Gerlach	Zur Zukunft des Bio-Fachhandels: eine Befragung von Bio-Intensivkäufern, 2005
0502	Groth, Markus	Verpackungsabgaben und Verpackungslizenzen als Alternative für ökologisch nachteilige Einweggetränkeverpackungen?: eine umweltökonomische Diskussion, 2005
0503	Freese, Jan u. Henning Steinmann	Ergebnisse des Projektes 'Randstreifen als Strukturelemente in der intensiv genutzten Agrarlandschaft Wolfenbüttels', Nicht-teilnehmerbefragung NAU 2003, 2005
0504	Jahn, Gabriele, Matthias Schramm u. Achim Spiller	Institutional Change in Quality Assurance: the Case of Organic Farming in Germany, 2005
0505	Gerlach, Sabine, Raphael Kennerknecht u. Achim Spiller	Die Zukunft des Großhandels in der Bio-Wertschöpfungskette, 2005
2006		
0601	Heß, Sebastian, Holger Bergmann u. Lüder Sudmann	Die Förderung alternativer Energien: eine kritische Bestandsaufnahme, 2006
0602	Gerlach, Sabine u. Achim Spiller	Anwohnerkonflikte bei landwirtschaftlichen Stallbauten: Hintergründe und Einflussfaktoren; Ergebnisse einer empirischen Analyse, 2006
0603	Glenk, Klaus	Design and Application of Choice Experiment Surveys in So-Called Developing Countries: Issues and Challenges, 2006
0604	Bolten, Jan, Raphael Kennerknecht u. Achim Spiller	Erfolgsfaktoren im Naturkostfachhandel: Ergebnisse einer empirischen Analyse, 2006 (entfällt)
0605	Hasan, Youusra	Einkaufsverhalten und Kundengruppen bei Direktvermarktern in Deutschland: Ergebnisse einer empirischen Analyse, 2006
0606	Lülfs, Frederike u. Achim Spiller	Kunden(un-)zufriedenheit in der Schulverpflegung: Ergebnisse einer vergleichenden Schulbefragung, 2006
0607	Schulze, Holger, Friederike Albersmeier u. Achim Spiller	Risikoorientierte Prüfung in Zertifizierungssystemen der Land- und Ernährungswirtschaft, 2006

2007		
0701	Buchs, Ann Kathrin u. Jörg Jasper	For whose Benefit? Benefit-Sharing within Contractual ABC-Agreements from an Economic Perspective: the Example of Pharmaceutical Bioprospection, 2007
0702	Böhm, Justus et al.	Preis-Qualitäts-Relationen im Lebensmittelmarkt: eine Analyse auf Basis der Testergebnisse Stiftung Warentest, 2007
0703	Hurlin, Jörg u. Holger Schulze	Möglichkeiten und Grenzen der Qualitäts-sicherung in der Wildfleischvermarktung, 2007
Ab Heft 4, 2007:	Diskussionspapiere (Discussion Papers), Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung der Georg-August-Universität, Göttingen (ISSN 1865-2697)	
0704	Stockebrand, Nina u. Achim Spiller	Agrarstudium in Göttingen: Fakultätsimage und Studienwahlentscheidungen; Erstsemesterbefragung im WS 2006/2007
0705	Bahrs, Enno, Jobst-Henrik Held u. Jochen Thiering	Auswirkungen der Bioenergieproduktion auf die Agrarpolitik sowie auf Anreizstrukturen in der Landwirtschaft: eine partielle Analyse bedeutender Fragestellungen anhand der Beispielregion Niedersachsen
0706	Yan, Jiong, Jan Barkmann u. Rainer Marggraf	Chinese tourist preferences for nature based destinations – a choice experiment analysis
2008		
0801	Joswig, Anette u. Anke Zühlsdorf	Marketing für Reformhäuser: Senioren als Zielgruppe
0802	Schulze, Holger u. Achim Spiller	Qualitätssicherungssysteme in der europäischen Agri-Food Chain: Ein Rückblick auf das letzte Jahrzehnt
0803	Gille, Claudia u. Achim Spiller	Kundenzufriedenheit in der Pensionspferdehaltung: eine empirische Studie
0804	Voss, Julian u. Achim Spiller	Die Wahl des richtigen Vertriebswegs in den Vorleistungsindustrien der Landwirtschaft – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Ergebnisse
0805	Gille, Claudia u. Achim Spiller	Agrarstudium in Göttingen. Erstsemester- und Studienverlaufsbefragung im WS 2007/2008
0806	Schulze, Birgit, Christian Wocken u. Achim Spiller	(Dis)loyalty in the German dairy industry. A supplier relationship management view Empirical evidence and management implications
0807	Brümmer, Bernhard, Ulrich Köster u. Jens- Peter Loy	Tendenzen auf dem Weltgetreidemarkt: Anhaltender Boom oder kurzfristige Spekulationsblase?
0808	Schlecht, Stephanie, Friederike Albersmeier u. Achim Spiller	Konflikte bei landwirtschaftlichen Stallbauprojekten: Eine empirische Untersuchung zum Bedrohungspotential kritischer Stakeholder
0809	Lülfs-Baden, Frederike u. Achim Spiller	Steuerungsmechanismen im deutschen Schulverpflegungsmarkt: eine institutionenökonomische Analyse
0810	Deimel, Mark, Ludwig Theuvsen u. Christof Ebbeskotte	Von der Wertschöpfungskette zum Netzwerk: Methodische Ansätze zur Analyse des Verbundsystems der Veredelungswirtschaft Nordwestdeutschlands
0811	Albersmeier, Friederike u. Achim Spiller	Supply Chain Reputation in der Fleischwirtschaft

2009		
0901	Bahlmann, Jan, Achim Spiller u. Cord-Herwig Plumeyer	Status quo und Akzeptanz von Internet-basierten Informationssystemen: Ergebnisse einer empirischen Analyse in der deutschen Veredelungswirtschaft
0902	Gille, Claudia u. Achim Spiller	Agrarstudium in Göttingen. Eine vergleichende Untersuchung der Erstsemester der Jahre 2006-2009
0903	Gawron, Jana-Christina u. Ludwig Theuvsen	„Zertifizierungssysteme des Agribusiness im interkulturellen Kontext – Forschungsstand und Darstellung der kulturellen Unterschiede“
0904	Raupach, Katharina u. Rainer Marggraf	Verbraucherschutz vor dem Schimmelpilzgift Deoxynivalenol in Getreideprodukten Aktuelle Situation und Verbesserungsmöglichkeiten
0905	Busch, Anika u. Rainer Marggraf	Analyse der deutschen globalen Waldpolitik im Kontext der Klimarahmenkonvention und des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt
0906	Zschache, Ulrike, Stephan v. Cramon-Taubadel u. Ludwig Theuvsen	Die öffentliche Auseinandersetzung über Bioenergie in den Massenmedien - Diskursanalytische Grundlagen und erste Ergebnisse
0907	Onumah, Edward E., Gabriele Hoerstgen-Schwark u. Bernhard Brümmer	Productivity of hired and family labour and determinants of technical inefficiency in Ghana's fish farms
0908	Onumah, Edward E., Stephan Wessels, Nina Wildenhayn, Gabriele Hoerstgen-Schwark u. Bernhard Brümmer	Effects of stocking density and photoperiod manipulation in relation to estradiol profile to enhance spawning activity in female Nile tilapia
0909	Steffen, Nina, Stephanie Schlecht u. Achim Spiller	Ausgestaltung von Milchlieferverträgen nach der Quote
0910	Steffen, Nina, Stephanie Schlecht u. Achim Spiller	Das Preisfindungssystem von Genossenschaftsmolkereien
0911	Granoszewski, Karol, Christian Reise, Achim Spiller u. Oliver Mußhoff	Entscheidungsverhalten landwirtschaftlicher Betriebsleiter bei Bioenergie-Investitionen - Erste Ergebnisse einer empirischen Untersuchung -
0912	Albersmeier, Friederike, Daniel Mörlein u. Achim Spiller	Zur Wahrnehmung der Qualität von Schweinefleisch beim Kunden
0913	Ihle, Rico, Bernhard Brümmer u. Stanley R. Thompson	Spatial Market Integration in the EU Beef and Veal Sector: Policy Decoupling and Export Bans
2010		
1001	Heß, Sebastian, Stephan von Cramon-Taubadel u. Stefan Sperlich	Numbers for Pascal: Explaining differences in the estimated Benefits of the Doha Development Agenda

1002	Deimel, Ingke, Justus Böhm u. Birgit Schulze	Low Meat Consumption als Vorstufe zum Vegetarismus? Eine qualitative Studie zu den Motivstrukturen geringen Fleischkonsums
1003	Franz, Annabell u. Beate Nowak	Functional food consumption in Germany: A lifestyle segmentation study
1004	Deimel, Mark u. Ludwig Theuvsen	Standortvorteil Nordwestdeutschland? Eine Untersuchung zum Einfluss von Netzwerk- und Clusterstrukturen in der Schweinefleischerzeugung
1005	Niens, Christine u. Rainer Marggraf	Ökonomische Bewertung von Kindergesundheit in der Umweltpolitik - Aktuelle Ansätze und ihre Grenzen
1006	Hellberg-Bahr, Anneke, Martin Pfeuffer, Nina Steffen, Achim Spiller u. Bernhard Brümmer	Preisbildungssysteme in der Milchwirtschaft -Ein Überblick über die Supply Chain Milch
1007	Steffen, Nina, Stephanie Schlecht, Hans-Christian Müller u. Achim Spiller	Wie viel Vertrag braucht die deutsche Milchwirtschaft?- Erste Überlegungen zur Ausgestaltung des Contract Designs nach der Quote aus Sicht der Molkereien
1008	Prehn, Sören, Bernhard Brümmer u. Stanley R. Thompson	Payment Decoupling and the Intra – European Calf Trade
1009	Maza, Byron, Jan Barkmann, Frank von Walter u. Rainer Marggraf	Modelling smallholders production and agricultural income in the area of the Biosphere reserve “Podocarpus - El Cóndor”, Ecuador
1010	Busse, Stefan, Bernhard Brümmer u. Rico Ihle	Interdependencies between Fossil Fuel and Renewable Energy Markets: The German Biodiesel Market
2011		
1101	Mylius, Donata, Simon Küest, Christian Klapp u. Ludwig Theuvsen	Der Großvieheinheitenschlüssel im Stallbaurecht - Überblick und vergleichende Analyse der Abstandsregelungen in der TA Luft und in den VDI-Richtlinien
1102	Klapp, Christian, Lukas Obermeyer u. Frank Thoms	Der Vieheinheitenschlüssel im Steuerrecht - Rechtliche Aspekte und betriebswirtschaftliche Konsequenzen der Gewerblichkeit in der Tierhaltung
1103	Göser, Tim, Lilli Schroeder u. Christian Klapp	Agrarumweltprogramme: (Wann) lohnt sich die Teilnahme für landwirtschaftliche Betriebe?
1104	Plumeyer, Cord-Herwig, Friederike Albersmeier, Maximilian Freiherr von Oer, Carsten H. Emmann u. Ludwig Theuvsen	Der niedersächsische Landpachtmarkt: Eine empirische Analyse aus Pächtersicht
1105	Voss, Anja u. Ludwig Theuvsen	Geschäftsmodelle im deutschen Viehhandel: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Ergebnisse
1106	Wendler, Cordula, Stephan von Cramon-Taubadel, Hardwig de Haen, Carlos Antonio Padilla Bravo u. Samir Jrad	Food security in Syria: Preliminary results based on the 2006/07 expenditure survey
1107	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	Estimation Issues in Disaggregate Gravity Trade Models

1108	Recke, Guido, Ludwig Theuvsen, Nadine Venhaus u. Anja Voss	Der Viehhandel in den Wertschöpfungsketten der Fleischwirtschaft: Entwicklungstendenzen und Perspektiven
1109	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	“Distorted Gravity: The Intensive and Extensive Margins of International Trade”, revisited: An Application to an Intermediate Melitz Model
2012		
1201	Kayser, Maike, Claudia Gille, Katrin Suttorp u. Achim Spiller	Lack of pupils in German riding schools? – A causal- analytical consideration of customer satisfaction in children and adolescents
1202	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	Bimodality & the Performance of PPML
1203	Tangermann, Stefan	Preisanstieg am EU-Zuckermarkt: Bestimmungsgründe und Handlungsmöglichkeiten der Marktpolitik
1204	Würriehausen, Nadine, Sebastian Lakner u. Rico Ihle	Market integration of conventional and organic wheat in Germany
1205	Heinrich, Barbara	Calculating the Greening Effect – a case study approach to predict the gross margin losses in different farm types in Germany due to the reform of the CAP
1206	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	A Critical Judgement of the Applicability of ‘New New Trade Theory’ to Agricultural: Structural Change, Productivity, and Trade
1207	Marggraf, Rainer, Patrick Masius u. Christine Rumpf	Zur Integration von Tieren in wohlfahrtsökonomischen Analysen
1208	Lakner, Sebastian, Bernhard Brümmer, Stephan von Cramon-Taubadel, Jürgen Heß Johannes Isselstein Ulf Liebe Rainer Marggraf Oliver Mußhoff Ludwig Theuvsen Teja Tschardtke Catrin Westphal und Gerlinde Wiese	Der Kommissionsvorschlag zur GAP-Reform 2013 - aus Sicht von Göttinger und Witzenhäuser Agrarwissenschaftler(inne)n
1209	Prehn, Sören, Bernhard Brümmer und Thomas Glauben	Structural Gravity Estimation & Agriculture
1210	Prehn, Sören, Bernhard Brümmer und Thomas Glauben	An Extended Viner Model: Trade Creation, Diversion & Reduction
1211	Saldias, Rodrigo and Stephan von Cramon-Taubadel	Access to Credit and the Determinants of Technical Inefficiency among Specialized Small Farmers in Chile
1212	Steffen, Nina u. Achim Spiller	Effizienzsteigerung in der Wertschöpfungskette Milch? – Potentiale in der Zusammenarbeit zwischen Milcherzeugern und Molkereien aus Landwirtssicht

1213	Mußhoff, Oliver, A. Tegtmeier u. Norbert Hirschhauer	Attraktivität einer landwirtschaftlichen Tätigkeit – Einflussfaktoren und Gestaltungsmöglichkeiten
2013		
1301	Lakner, Sebastian, Carsten Holst u. Barbara Heinrich	Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU 2014 - mögliche Folgen des Greenings für die niedersächsische Landwirtschaft
1302	Tangermann, Stefan u. Stephan von Cramon-Taubadel	Agricultural Policy in the European Union - An Overview -
1303	Granoszewski, Karol u. Achim Spiller	Langfristige Rohstoffsicherung in der Supply Chain Biogas: Status Quo und Potenziale vertraglicher Zusammenarbeit
1304	Lakner, Sebastian, Carsten Holst, Bernhard Brümmer, Stephan von Cramon-Taubadel, Ludwig Theuvsen, Oliver Mußhoff u. Teja Tschardtke	Zahlungen für Landwirte an gesellschaftliche Leistungen koppeln! - Ein Kommentar zum aktuellen Stand der EU-Agrarreform
1305	Prechtel, Bianca, Maike Kayser u. Ludwig Theuvsen	Organisation von Wertschöpfungsketten in der Gemüseproduktion: das Beispiel Spargel
1306	Anastasiadis, Friederike Jan-Henning Feil, Oliver Musshoff u. Philipp Schilling	Analysing farmers' use of price hedging instruments: an experimental approach
1307	Holst, Carsten u. Stephan von Cramon-Taubadel	Trade, Market Integration and Spatial Price Transmission on EU Pork Markets following Eastern Enlargement
1308	Granoszewski, K., S. Sander, V.M. Aufmkolk u. A. Spiller	Die Erzeugung regenerativer Energien unter gesellschaftlicher Kritik : Akzeptanz von Anwohnern gegenüber der Errichtung von Biogas- und Windenergieanlagen

**Diskussionspapiere (2000 bis 31. Mai 2006: Institut für Rurale
Entwicklung der Georg-August-Universität, Göttingen)**

Ed. Winfried Manig (ISSN 1433-2868)

32	Dirks, Jörg J.	Einflüsse auf die Beschäftigung in nahrungsmittelverarbeitenden ländlichen Kleinindustrien in West-Java/Indonesien, 2000
33	Keil, Alwin	Adoption of Leguminous Tree Fallows in Zambia, 2001
34	Schott, Johanna	Women's Savings and Credit Co-operatives in Madagascar, 2001
35	Seeberg-Elberfeldt, Christina	Production Systems and Livelihood Strategies in Southern Bolivia, 2002
36	Molua, Ernest L.	Rural Development and Agricultural Progress: Challenges, Strategies and the Cameroonian Experience, 2002
37	Demeke, Abera Birhanu	Factors Influencing the Adoption of Soil Conservation Practices in Northwestern Ethiopia, 2003
38	Zeller, Manfred u. Julia Johannsen	Entwicklungshemmnisse im afrikanischen Agrarsektor: Erklärungsansätze und empirische Ergebnisse, 2004
39	Yustika, Ahmad Erani	Institutional Arrangements of Sugar Cane Farmers in East Java – Indonesia: Preliminary Results, 2004
40	Manig, Winfried	Lehre und Forschung in der Sozialökonomie der Ruralen Entwicklung, 2004
41	Hebel, Jutta	Transformation des chinesischen Arbeitsmarktes: gesellschaftliche Herausforderungen des Beschäftigungswandels, 2004
42	Khan, Mohammad Asif	Patterns of Rural Non-Farm Activities and Household Access to Informal Economy in Northwest Pakistan, 2005
43	Yustika, Ahmad Erani	Transaction Costs and Corporate Governance of Sugar Mills in East Java, Indonesia, 2005
44	Feulefack, Joseph Florent, Manfred Zeller u. Stefan Schwarze	Accuracy Analysis of Participatory Wealth Ranking (PWR) in Socio-economic Poverty Comparisons, 2006



Die Wurzeln der **Fakultät für Agrarwissenschaften** reichen in das 19. Jahrhundert zurück. Mit Ausgang des Wintersemesters 1951/52 wurde sie als siebente Fakultät an der Georgia-Augusta-Universität durch Ausgliederung bereits existierender landwirtschaftlicher Disziplinen aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät etabliert.

1969/70 wurde durch Zusammenschluss mehrerer bis dahin selbständiger Institute das **Institut für Agrarökonomie** gegründet. Im Jahr 2006 wurden das Institut für Agrarökonomie und das Institut für RURALE ENTWICKLUNG zum heutigen **Department für Agrarökonomie und RURALE ENTWICKLUNG** zusammengeführt.

Das Department für Agrarökonomie und RURALE ENTWICKLUNG besteht aus insgesamt neun Lehrstühlen zu den folgenden Themenschwerpunkten:

- Agrarpolitik
- Betriebswirtschaftslehre des Agribusiness
- Internationale Agrarökonomie
- Landwirtschaftliche Betriebslehre
- Landwirtschaftliche Marktlehre
- Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte
- Soziologie Ländlicher Räume
- Umwelt- und Ressourcenökonomik
- Welternährung und rurale Entwicklung

In der Lehre ist das Department für Agrarökonomie und RURALE ENTWICKLUNG führend für die Studienrichtung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus sowie maßgeblich eingebunden in die Studienrichtungen Agribusiness und Ressourcenmanagement. Das Forschungsspektrum des Departments ist breit gefächert. Schwerpunkte liegen sowohl in der Grundlagenforschung als auch in angewandten Forschungsbereichen. Das Department bildet heute eine schlagkräftige Einheit mit international beachteten Forschungsleistungen.

Georg-August-Universität Göttingen
Department für Agrarökonomie und RURALE ENTWICKLUNG
Platz der Göttinger Sieben 5
37073 Göttingen
Tel. 0551-39-4819
Fax. 0551-39-12398
Mail: bibliol@gwdg.de
Homepage : <http://www.uni-goettingen.de/de/18500.html>

